

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer...
Wochensatz 25 Pf. frei ins Haus...
Einsende Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit unentgeltlicher Sonntags-Beilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat...
Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878...
Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 5. September 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Hohenzollernretter — für die Polen?

Es ist eine große Enttäuschung für die bürgerlich-deutschen Kreise Polens gewesen, daß es der Kaiser anfangs vermieiden hatte, die brennende nationale Frage der Stadt und Provinz Posen zu berühren. Während in beiden nationalen Lagern die Meinung verbreitet war, daß der Besuch Wilhelms II. nur den Deutschen von Posen gelte und diese letzteren eine Zerschmetterung der Polen durch den Kaiser erhofft hatten, blieb in den ersten Tagen des Kaiserbesuchs jeder rednerische Angriff gegen die Polen aus. Nun ist die lange und sehnsüchtig erwartete Polenrede endlich doch gekommen, sie entbehrt jedoch einigermaßen der Färbung, die von den Galatisten erwartet wurde.

Auf eine Guldigungsansprache des Provinzial-Landtags-Marschalls Freiherrn v. Wilamowitz-Möllendorf bei Uebergabe eines Ehrenrings erwiderte der Kaiser, nachdem er seinem Dank für den 'patriotischen Empfang' seitens der Posener Bevölkerung Ausdruck gegeben hatte, folgendes:

Wir befinden uns hier in einer treuen deutschen Bevölkerung. Wir befinden uns hier in einer treuen deutschen Stadt, und tren ist die Arbeit, welche die Deutschen zur Hebung des Landes hier vollführen. Soll diese Arbeit, deren Endziel die Hebung von Land und Volk ist, zum Ruh und Frommen des Ganzen gelingen, so ist notwendig einmal, daß die Deutschen ihren Erbfehler des Parteihaders ablegen, daß der Einzelne das Opfer seiner ausgeprägten Individualität zu bringen bereit ist, um in der Gemeinschaft mit allen vereint zu wirken, sowie einst die Ritter des Deutschen Ordens, auf persönliche Angehörigkeit und Bequemlichkeit verzichtend, sich zu dem festen Gesäße des Ordens zusammenschloßen, um in anhaltender harter Arbeit die deutsche Kultur zu verbreiten. Zum andern versteht es sich von selbst, daß meine Beamten unbedingt nach meinen Direktiven und gehorsam meinen Befehlen ohne Zaudern die Politik durchzuführen, welche ich für das Wohl der Provinz als richtig erkannt habe. Das Zusammenwirken von Volk und Beamenschaft unter der Leitung der Krone wird nicht ermangeln, im Laufe der Jahre die segensreiche Entwicklung der Provinz zu fördern. Ich beklage tief, daß ein Teil meiner Unterthanen nicht-deutschen Stammes sich nur schwer in unsere Verhältnisse zu finden scheint. Der Grund dazu dürfte in zwei Irrtümern zu suchen sein. Einmal wird in ihnen wahrgenommen die Beforgnis vor Antastung ihrer Konfession. Wer behauptet, daß meinen Unterthanen katholischer Konfession Schwierigkeiten in der Ausübung ihres Glaubens gemacht oder sie gesegnet werden sollen, von demselben zu lassen, macht sich einer schweren Lüge schuldig. Meine ganze Regierungszeit und meine Worte in Kachen beweisen, wie hoch ich Religion, das heißt das persönliche Verhältnis jedes Menschen zu seinem Gott, achte, und er beleidigt durch eine solche Verleumdung den Nachfolger des großen Königs, der erklärt hat, ein jeder solle auf seine Fagon selig werden. Der zweite Irrtum ist der, daß die Beforgnis noch erhalten wird, daß die Stammeseigentümlichkeiten und Ueberlieferungen ausgeblüht werden sollen. Dem ist nicht so. Das Königreich Preußen setzt sich aus vielen Stämmen zusammen, welche stolz sind auf ihre frühere Geschichte und ihre Eigenart. Das hindert sie jedoch nicht, vor allen Dingen brave Preußen zu sein. So soll es auch hier sein. Ueberlieferungen und Gewohnheiten können ruhig bestehen, allein sie sind Geschichte, der Vergangenheit angehörig. Jetzt leue ich hier nur Preußen, und bin ich es der Arbeit meiner Vorfahren schuldig, dafür zu sorgen, daß diese Provinz unauf löslich mit der preussischen Monarchie verknüpft, daß sie stets gut preussisch und gut deutsch bleibe. Diesen Becher, gefüllt mit dem Saft der Liebe, die an den Ufern des schönen Rheins gewachsen, leere ich auf das Wohl der Provinz Posen und ihrer Hauptstadt an der Warthe!

Wilhelm II spricht nicht mehr von polnischem Uebermut wie in Marienburg, er vermeidet es überhaupt von Polen zu sprechen, sondern spricht nur von Unterthanen nicht-deutschen Stammes. Sein Wort der Anklage und des Vorwurfs wird laut; nur an jener Stelle erhebt sich der Redner zu gewohnt kräftigen Akzenten, an der er sich gegen den Vorwurf verteidigt, dem Antihollenzismus feindlich gesinnt zu sein. Hier ist er aber zweifellos im Rechte, denn seine besondere Sympathie für die katholische Kirche ist bekannt.

Der Kaiser erkennt das Recht der Polen, ihre Stammeseigentümlichkeiten und Ueberlieferungen zu wahren an. Die wichtigste 'Eigenart' eines Stammes aber ist doch unzweifelhaft seine Sprache, dieselbe Sprache, die man erst vor wenigen Monaten in Warschau den Kindern auszusprechen versucht hat! Der Kaiser wünscht, daß die Provinz Posen stets gut deutsch bleibe, man kann aber nicht das bleiben, was man nicht schon ist; und Posen ist in sprachlichem Sinne keine deutsche, sondern eine überwiegend polnische Provinz. Deutsch ist die Provinz nur in staatsrechtlichen Sinne, als Teil Preußens und damit des Deutschen Reiches. Die Polen können diese Rede mit Recht dahin deuten, daß die Anerkennung nationaler Freiheit innerhalb des deutschen Staatenverbandes ihr eigentlicher Sinn sei.

Desto selbstloser mutet darum jene Stelle der kaiserlichen Rede an, die ihre Spitze gegen die preussischen Staatsbeamten richtet. Mit einer Schärfe, die zu wünschen nichts übrig läßt, giebt der König von Preußen zu erkennen, daß das militärische Subordinationsverhältnis, das stumme Parieren, auch innerhalb der Verwaltung für angebracht halte. Nun wird es aber unter Umständen für die Beamten schwer sein, die Absichten des Königs richtig zu erkennen. Offenbar dachte Wilhelm II. an Wöhning und jene anderen Beamten, die von dem aus dem Amte gedrängten Gatten der polnischen Feldwebelstochter als Segner der galatistischen Politik gekennzeichnet worden waren.

Diese Absicht des Kaisers wird noch deutlicher durch die Auszeichnungen, die er den Sandbländern des jetzigen Kurzes gespendet hat. Er hat nämlich den Oberbürgermeister Witting zum Geh. Regierungsrat ernannt, den Oberpräsidenten der Provinz Posen Dr. v. Ritter zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Präfixat Excellenz und den Präsidenten der Anstaltungskommission Dr. v. Wittenburg zum Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat mit dem Range der Räte erster Klasse.

Diese hohe Auszeichnung, die dem Oberpräsidenten verliehen worden ist, beweist im Zusammenhang mit den bekannten Neuernungen, daß die endgültige Entscheidung des Kaisers im Falle Wöhning zu Gunsten der Regierung und besonders des Herrn v. Rheinbaben lautet, der von der allzeit optimistischen liberalen Presse längst aus der Welt demissioniert worden war.

Soviel nun über Wöhning und seine Gleichen in der Öffentlichkeit bekannt worden ist, haben diese Beamten in der Polenfrage nichts anderes gethan, als ihre Unparteilichkeit im Amte ein wenig zu bewahren. Wöhning hat sich geweigert, als Vorgesetzter die Wahlabstimmung seiner Untergebenen zu beeinflussen, und hat es nicht geduldet, daß bei Steuererhöhrungs-Gesuchen die Nationalität des Bewerber berücksichtigt werde. Ein solche Handlungsweise konnte der Kaiser doch selbst zu jener Zeit nicht tabeln, als noch vom polnischen Uebermut die Rede war, er kann es heute noch weniger, da ihm niemand zumuten kann, er wünsche, daß gegen jene parteiisch verfahren werde, die ihre Stammeseigentümlichkeiten erhalten wollten.

Alles in allem sind die Beamten von Posen durch die letzte Rede des Kaisers in keine besonders angenehme Lage versetzt. Sie sollen die Befehle des Kaisers unbedingt befolgen, aber wie lauten sie? Sie sollen seine Absichten verwirklichen, doch welche sind sie? Sie müssen entschieden handeln, aber wie? Mit dem Sekretär Davison in 'Maria Stuart' können sie sagen:

Ich leue nicht die Sprache
Der Höfe und der Könige — in schlicht'
Einfacher Sitte bin ich aufgewachsen.
Denn habe du Geduld mit dem Händchen Anecht!
Laß dich das Wort nicht reu'n, das mich belehrt,
Mich klar macht über meine Pflicht —

Auch diesmal wird der Lord Burleigh nicht fehlen, der dem Königtum die Hofmacht aus den Händen reißt. Wilhelm II. überhäuft nämlich im Bewußtsein seiner monarchischen Machtfälle den Einfluss, den er auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse Polens nehmen kann. Nicht er hat die galatistische Politik ins Dasein gerufen, sondern das deutsche Völkergemut war es, das sich dieses polnisch-agrarische Land wirtschaftlich erschließen wollte. Und darum wird auch diese Kaiserrede, die so vielschichtig ist, daß jede Partei sie zu ihren Gunsten auslegen kann, eine Aenderung des Kurzes, der in Posen gesteuert wird, gewiß nicht in die Wege leiten.

Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 4. September.

Kosakisches aus Posen.

Aus Posen wird uns vom 4. September geschrieben:
Die Vorliebe des deutschen Kaisers für alles, was mit dem russischen Selbstherrschertum zusammenhängt, ist bekannt. Deutlicher noch als in offiziellen Reden und Ordensverleihungen hat sie sich in folgendem kleinen Zwischenfall gezeigt, der sich bei der gestrigen Parade ereignet hat: Natürlich hat es der Kaiser im allgemeinen unterlassen, die Kuratise seiner Getreuen durch Gegenrufe zu beantworten. Es ist auch nicht bekannt geworden, daß er ähnliches früher schon einmal gethan hätte; auch dürfte ein solches Verhalten den Eitelkeitsbegriffen seiner Ceremonienmeister kaum entsprechen. Auch diesmal beschränkte er sich darauf, dem deutschen Publikum schweigend zu danken. Sowie er aber in der Menge zwei russische Unteroffiziere erkannte, die den geladenen russischen Offizieren zum Dienste beigegeben waren, rief er ihnen, mit dem berühmten 'Interims-Marschallstabe' winkend, ein laut schallendes: 'Bravo Kosaki!' zu.

Die Begeisterung Wilhelm II. für das Kosakenium entspricht bekanntlich wenig dem in deutschen Volke herrschenden Vorurteil. Und so dürfte ein anderer kleiner Vorfall, der sich während der Parade zugetragen hat, vielfach als 'echt kosakisch' bezeichnet werden, ohne daß man das also gekennzeichnete Vorgehen mit diesem Ausdruck als ein überaus sympathisches kennzeichnen wollte.

Der Fall soll in den Reihen der Kriegervereine eine große Erregung hervorgerufen haben. Nicht genug, daß man die Scharen dieser von weit und breit herbeigeleiteten 'frommen und getreuen Anechte' weit ungenügender als das seiner geleibete Privatpublikum postiert hatte, man sahien einen Akt der raffiniertesten Grausamkeit gegen sie geplant zu haben. Der Standort, der ihnen angewiesen war, befand sich nämlich in der Nähe eines Wirtschaftshauses; der Raum aber, der sie von diesem loedenden Ziele trennte, war — absperrt. Die Leute waren in drückender Hitze sechs Kilometer weit marschirt, der in der Stadt wie auf dem Wege zum Paradeplatze gollhoch aufgeschüttet worden war, war durch tausend Duse aufgewirbelt und hatte Stadt und Umgebung in eine ersickende Sandwölle gehüllt. Ein gesunder Durst war also durch alle Umstände gerechtfertigt, und die Armen duldeten, so nah und doch so weit von der labenden Quelle, wahre Taufankualen. Schließlich ertrug ihr Patriotismus diese Belastungsprobe nicht länger und sie drängten mit Macht gegen das Wirtschaftshaus. Jetzt nahm die Sache, die humoristisch Begonnen hatte, eine tragische Wendung. Die Gendarmen ritt auf die Menge ein. Das Pferd eines Gendarmen-Offiziers, der sich dabei besonders eifrig benahm, schlug aus und trat einem Mann an die Stirne, so daß sein Gesicht sofort von Blut über-

frühte. Eine ungeheuerer Aufregung bemächtigte sich der Menge, heftige Worte wurden laut und im Tumult zog ein Offizier blank. Jetzt mischte sich das Militär ins Spiel und erwies sich als ein gerechter Richter: Der Verlegte wurde nämlich für verhaftet erklärt! Es gelang erst langsam die Kriegervereiner zu befähigen, von Begeisterung blieb aber ihre Stimmung doch recht weit entfernt.

Dies ist das 'Kosakenstückchen' der preussischen Gendarmenrie. Sprachkundige behaupten übrigens, daß der Kaiser seinen eilerten Ausruf nicht in russischer, sondern in polnisch-er Sprache gethan habe, und das wäre doch so ziemlich das schlimmste, was den Deutschen Polens passieren könnte. Russisch heißt es nämlich nicht 'Kosaki', sondern 'Kasaky', a oder o ist also jezt die Frage!

Improvvisierte Weltpolitik. Der deutsche Gesandte in Peking Dr. Rumm v. Schwarzenstein hat auf einer Abschiedsfeier der deutschen Kolonie in Tientsin eine Rede gehalten, die das Sprungbaste, Pflöge der deutschen Weltpolitik eigenartig beleuchtet. Wie improvisatorisch diese ganze auswärtige Politik betriebe wird, beweist schon die Ernennung Rumm v. Schwarzensteins selbst. Man verzege demüthige sich die Situation der Ernennung. Der frühere deutsche Gesandte, v. Ketteler, war gerade infolge seines ungeschickten Auftretens ein Opfer der Freundschaftserhebung geworden, die ersten Aktionen des Rachekrieges waren vorüber, es handelte sich um die Herbeiführung eines neuen modus vivendi zwischen China und den Mächten. Wenn je, so hätte in einem solchen Augenblicke nach China ein Mann gehört, der wenigstens eine gewisse Kenntnis jener ungeheuer schwierigen asiatischen Verhältnisse besaß. War nun Rumm v. Schwarzenstein dieser Mann? Nach seinem eignen Geständnis rief seine Ernennung zum Nachfolger Kettelers recht gemischte Empfindungen bei ihm hervor, hauptsächlich deshalb, weil er von den Dingen hinten in Ostasien, bei deren Regelung seine Mitwirkung unter normalen Verhältnissen doch in erster Linie hatte in Frage kommen müssen, so viel verstand wie jeder Durchschnitts-Europäer: nämlich gar nichts!

Ganze zehn Tage blieben mir, um mich vom Großherzog zu verabschieden, um meinen Hausstand aufzulösen, meine Koffer zu packen, mich in Berlin abzumelden und mich, so gut es die kurze Zeit erlaubte, dort an der Quelle voll Weisheit zu laugen. Wüste ich doch von China nicht viel mehr, als was ich auf der Schulbank darüber gelernt und meistens auch schleunigst wieder vergessen hatte, höchstens, daß eine gelegentliche Vertretung des Referenten für China im Auswärtigen Amte mir einige oberflächliche Einblicke in die hiesigen politischen Verhältnisse gewährt hatte, die mir darunter stark litten, daß ich die schwierigen Sachen mit Vorliebe auf sechs Wochen, d. h. bis nach Rückkehr des eigentlichen Referenten zu vertagen pflegte.

Der zu seiner eignen nicht ganz angenehmen Ueberraschung zum Gesandten in Peking ernannte Diplomat hielt es als für das beste, sich in Berlin das nötige Reisegepäck von Informationen mitzunehmen, sich 'an der Quelle voll Weisheit zu laugen', wie er das nicht ganz respektvoll ausdrückt. Mit seinem Verhaltungsordres in der Tasche konnte er ja in China munter die berühmte ostasiatische Weltpolitik mitmachen. Die 'Atheinisch-Westfälische Zeitung', die sich über diese Art, Diplomaten für so schwierige, verantwortungsbereiche Posten zu berufen, einer gewissen Verwunderung nicht enthalten kann, meint allerdings, es sei ein Konsens, Leute zu berufen, die sich erst im Auswärtigen Amte über die Zustände im Lande ihrer Thätigkeit unterrichten müßten, während doch umgekehrt das Auswärtige Amt auf die Informationen und Rathschläge dieser Gesandten angewiesen sei. Im allgemeinen mag das ja auch der normale Zustand sein. In Deutschland ist man aber diese schwerfällige, zeitraubende Art, auswärtige Angelegenheiten zu behandeln, längst hinaus. Bei uns sind die Botschafter durchaus nicht verpflichtet, eine auf gründlicher Kenntnis der Verhältnisse stützende eigene Meinung zu besitzen oder gar durch ihre unmaßgeblichen Ansichten die Berliner 'Quelle der Weisheit' zu inkommunizieren. In Berlin weiß man viel besser Bescheid. Das hat ja die von hier aus erfolgende Leitung des ganzen China-Abenteuers bewiesen. Wie die strategische Leitung im Grunde nicht in den Händen der Weltgeneralissimus lag, wie man von Berlin aus die militärischen Operationen mit erstaunlicher Detailkenntnis zu dirigieren wußte, so verstand man auch, ohne das störende Zwischenglied eines diplomatischen Veraters eine Reihe der sensatiosvollsten Zwischenfälle herbeizuführen und den Abschluß des Friedensvertrages um viele Monate zu verzögern.

Deutsches Reich.

Der Bruch im Genossenschaftsverband. Auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach ist es am Mittwoch zum Ausbruch von 99 Konsumvereinen gekommen, die durch die freisinnigen Verbandleiter des Verbundes socialdemokratischer Tendenzen beschuldigt wurden. (Den ausführlichen Bericht findet der Leser in der ersten Beilage des Blattes.) Wie werden das für die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens entscheidende Ereignisse alsbald näher würdigen. So viel ist sofort festzustellen, daß dem Verbaude aus dieser gewaltsamen Ausstoßung seiner lebenskräftigsten Organe schwerste Schädigung erwachsen muß, daß er seine bisherige Bedeutung einbüßen wird und daß neben ihm ein neues wirtschaftliches Gebiet aufzuwachsen wird, welches ihn bald weit aus überträgt.

Schon inbilligen Zeitungen, die der jetzigen Verbandsleitung politisch weit näher stehen als den ausgestoßenen Konsumvereinen, das Verfahren der Verbandsleitung in aller Deutlichkeit. Die 'Verf. Ztg.' fährt aus:

Der Genossenschaftsanwalt Dr. Eräger hat damit ein Ziel erreicht, nach dem er seit Jahren emsig gestrebt.

Ob er sich des Sieges zu freuen haben wird, ist eine andre Frage. Dieß man den Bericht, den wir an anderer Stelle geben, so fragt man sich vergebens nach den Gründen, die liberale Männer bestimmen konnten, dem Antrage auf Ausschluß der 99 Konsumvereine zuzustimmen.

Vom freisinnigen Standpunkt aus kann man den Beschluß nur beklagen. Ein Verfechter des Trägerischen Antrages, Rechtsanwalt Schmidtberger, war so unvorsichtig, es offen auszusprechen, daß die Berechtigung des Ausschlusses sehr zweifelhaft sei, daß es sich hier nur darum handle, die Macht, die man noch besitze, geltend zu machen. Der Satz: Macht geht vor Recht, ist niemals mit größerer Unbefangenheit als Maxime politischen Handelns aufgestellt worden, als auf dieser Versammlung, in der freisinnige Männer das Heft in Händen hatten.

Die „Freisinnige Zeitung“ des Herrn Richter natürlich billigt durchaus das Vorgehen der Verbandsleitung gegen die Konsumvereine. Sie erklärt:

„Die rücksichtslose Art, wie die Socialdemokratie in allen Organisationen, in denen sie angefangen hat, Boden zu fassen, sie für ihre besonderen Zwecke dienstbar zu machen sucht, zwingt auch die politischen neutralen Vereinigungen, schon bei dem ersten Anzeichen hiervon, solchen Versuchen entschieden entgegenzutreten, wie dies auf dem Verbandstag in Kreuznach geschehen ist.“

Jedem welchen Beweises für die socialdemokratische Rücksichtslosigkeit in der Genossenschaftsbewegung fühlt sich die „Freis. Ztg.“ gänzlich enthoben. Die „Rücksichtslosigkeit“ besteht allein darin, daß auch die Arbeiter die Vorteile der Konsumvereinigungen erkannt haben und zu nutzen beginnen. Aber Arbeiterinteressen kümmern den Richterischen Freisinn nicht nur nicht, sondern dieser reizvolle Freisinn sagt sich schroff von denjenigen los, die Arbeiterinteressen fördern. Es ist erstaunlich, mit welchem Eifer der Freisinn seine Selbstvernichtung betreibt! —

Gebotene Sühne?

Ein Sittenbild aus Waden.

Wir haben in unsrer Nummer vom 19. August die Geschichte der Ausweisung einer Italienerin aus Waden erzählt, welche Ausweisung zu Hause kam durch gegenwärtige Beamtenhilfe für einen Arzt, welcher sich der Italienerin, mit der er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, entledigen wollte. Die Presse verfuhr vielfach die Angelegenheit zu mildern und zu vertuschen. Jetzt bringt die „Karlsruher Zeitung“ folgende amtliche Darstellung des Falles:

„In der That hat der erstgenannte Beamte (Landgerichtsrat Bauer) zwar nicht in seiner amtlichen Eigenschaft als Untersuchungsrichter, wohl aber unter unbilligster Anwendung seiner amtlichen Stellung im Interesse eines durch seine Beziehungen zur Groggia (der Dame, mit welcher der Arzt in Badenheim ein Verhältnis hatte) kompromittierten Fremdes durch ein seiner richterlichen Stellung nicht entsprechendes außerdienstliches Verhalten sich eines Disziplinarvergehens schuldig gemacht, wegen dessen das Justizministerium unterm 8. Juli d. J. auf Grund des Beamtengesetzes auf die Ordnungsstrafe der Verweisung in Verbindung mit einer Geldstrafe im Höchstbetrage von 200 M. erkannt hat. Das Justizministerium, welches in der Wahrung der Integrität des Beamtenstandes, und ganz besonders der richterlichen Beamten, die wichtigste Aufgabe der Staatsverwaltung erkennt, hatte alsbald, nachdem es von jenem Vorkommnis durch den zu deren Mitteilung dienstlich verpflichteten Staatsanwalt Kenntnis erhalten hatte, die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens und sodann mit Zustimmung des Disziplinarhofes für richterliche Beamten die vorläufige Amtsentlassung des Landgerichtsrats Bauer verfügt. Nach Durchführung der Disziplinaruntersuchung durch den hienmit beauftragten besonderen Untersuchungsrichter, erklärte sich Landgerichtsrat Bauer mit seiner Verweisung auf ein beliebiges andres Landgericht einverstanden. Nachdem so die Möglichkeit einer Verweisung eröffnet war, wurde das weitere Verfahren von dem Disziplinarhof gemäß dem Beamtengeetze eingestellt, und nach dem Auspruch der erwähnten Ordnungsstrafe innerhalb der Zuständigkeit des Justizministeriums die Verweisung des Landgerichtsrats nach Waldsüt herbeigeführt.“

Was sodann das Verhalten des weiter genannten Verwaltungsbeamten (Antmann Guth-Wender in Heidelberg) angeht, so war derselbe zu der von ihm verfügten Ausweisung der vorbestraften Ausländerin gesehlich befugt, er hatte aber nach Ansicht des Ministeriums des Innern bei Ausübung dieser Befugnis sich gleichfalls durch persönliche Rücksichten auf die Privatinteressen des gleichen Fremdes beeinträchtigen lassen, so daß dieser Beamten eine erste Mißbilligung seines vorgefetzten Ministeriums ausgesprochen werden mußte.“

Die amtliche Erklärung fügt weiter hinzu, daß so das Verhalten der beiden Beamten „die gebotene Sühne“ gefunden habe.

Diese Erklärung bestätigt die erste von uns gegebene Darstellung der Angelegenheit in allen Thatsachen.

Die Erklärung fordert aber das äußerste Erstaunen über das Verhalten des Justizministeriums von Waden in dieser Angelegenheit heraus. Wenn dieses Ministerium die Reinerhaltung des Beamtenstandes „als wichtigste Aufgabe der Staatsverwaltung“ ansieht, so ist die Erfüllung dieser Aufgabe keineswegs auch nur ernstlich versucht worden. Es ist gänzlich unverständlich, wie die Zustimmung des Landgerichtsrats zu seiner Verweisung an ein andres Gericht die Einstellung des Disziplinarverfahrens herbeiführen konnte, das mit der vorläufigen Amtsentlassung eingeleitet war. Es ist unverständlich, wie ein Beamter, der erwiesenermaßen seine amtliche Stellung zur Förderung nichtsnutziger Privatinteressen mißbraucht hat, im Dienste belassen wird und weiterhin Recht zu sprechen geeignet befunden wird.

Nicht weniger erstaunlich ist die „erste Mißbilligung“ des Verwaltungsbeamten, der das formale Recht der Ausweisung von Ausländern gleichfalls mißbraucht, um einen Freund von einer Geliebten, der er überdrüssig geworden, zu befreien.

Die Milde, die hier durch die oberste Behörde geübt wird, erreicht und übertrifft die Verweigerung der begangenen Vergehen! Die Angelegenheit dürfte ohne Zweifel noch ein sehr ernstes Nachspiel in der badischen Kammer finden. —

Zur Fleischnot. Aus München wird telegraphisch berichtet: Das Gemeindefolgekollegium beschloß, das Staatsministerium zu ersuchen, alle Schritte beim Bundesrat und beim Reichskanzler zu thun, um die Einführung von Vieh möglichst zu erleichtern und die Einführung von Schweinen aus Rußland zu gestatten, sowie gegen jede Vollerhöhung auf Fleisch hinzuwirken.

Ein ähnlicher Beschluß wurde im Gemeinderat in Stuttgart und im Magistrat zu Hof gefaßt.

In Offenbach a. M. protestierte eine von 2000 Personen besuchte socialdemokratische Versammlung, in der unser Parteigenosse Wb. Scheidemann sprach, gegen die Grenzsperr.

In zahlreichen Städten, so in Mannheim, sind neuerdings Erhöhungen der Fleischpreise durch die Schlächter eingetreten.

In Wülhausen i. E. nahm der Gemeinderat nach kurzer Erörterung einen von socialdemokratischer Seite eingebrachten Antrag an, worin im Hinblick auf die allgemein laut werdenden Klagen über hohe Fleischpreise der Bürgermeister ersucht wird, thunlichst bald die Detroit- und Schlachthaus sowie die Finanzkommission zur Vorbereitung über diese Angelegenheit zusammen zu berufen und die Detroitverwaltung zu beauftragen, in dieser Sitzung schon eine Ausstellung über den monatlichen Einnahmeausfall vorzulegen, den die Aufhebung des Detroit auf Fleisch, ausschließlich von Wildpret und Geflügel, nach sich ziehen würde. —

Die Leistungen des Herrn Ring. Herr Ring wollte bekanntlich Posen mit reichlicher Viehzufuhr bedenken. Was hat er geleistet? Die „Allgemeine Fleischzeitung“ erzählt hierzu: Im ganzen sind von der Centrale für Viehverwertung 130 Schweine nach Posen geschickt worden, und auch dies konnte sie nur, indem sie den Berliner Markt so gut wie unbekümmert ließ, denn nur sechs Schweine hatte sie am Sonnabendmarkt in Berlin und am heutigen gar keine. Die Zufuhr der Centrale für Viehverwertung hatte auch auf den Schweinepreis in Posen, wie uns die Schlachthof-Direktion mitteilt, nicht den geringsten Einfluß. Der unerhebliche Preisrückgang ist eine Schwankung, wie sie auch sonst aus den verschiedenen Ursachen eintritt. Aber auch das geringe Quantum Schweine, das die Centrale nach Posen geschickt hat, aufzubringen, ist sehr sonderbar. Aus Thorn wird uns geschrieben, daß Agenten der Viehverwertungs-Gesellschaft in der dortigen Gegend herumgefahren seien, um Schweine aufzukaufen, und erklärt haben, jeden Preis zu zahlen; da sie dort keine Schweine bekommen hätten, seien sie nach Marienburg weiter gefahren. Wo keine Schweine sind, da werden sie auch durch des Herrn Ring Nachgebot nicht aus der Erde gestampft werden können. —

Graf Waldersee, der Mann der Vorschufvorbeeren und Reden zc., seht sich nach einem — nächsten Kriege! In Langensalza, wo er dieser Tage weilte, um Truppentruppen zu inspizieren, fragte er einen biedereren Kriegervereinsmann, ob er einen Krieg mitgemacht habe, worauf dieser wahrheitsgemäß antwortete: „Nein!“ — „Warum nicht?“ — „Ich war noch zu jung!“ — „Na, dann den nächsten?“ erwiderte der ehemalige Feldwebelmarischall. Es ist begreiflich, daß Graf Waldersee einem Feldzug nachsinnt, in dem es mehr zu thun giebt als — zu spät zu kommen, wie das Schicksal ihm in China geschied. —

Die erste staatliche Gedächtnisfeier ist an diesem 2. September in einem deutschen Bundesstaate zu konstatieren gewesen, und die Einheit des Reiches nun auch endlich auf diesem gewichtigsten Gebiete hergestellt. Es handelt sich natürlich um das Weltreich Ruß a. L., wo an diesem 2. September zum überhaupst erstenmale staatlich-offiziell gefeiert wurde. Der jetzige Heinrich XIV. hatte sogar auch veranlaßt, daß in Greiz, was noch nie dagewesen ist, mittags an diesem Tage die staatlichen Bureaus geschlossen wurden. Hoffentlich wird diese neueste Reichstrene gebührend gelohnt. —

Der forrirte Witting. Herrn Witting, der als Galatzi ebensio eifrig ist, wie als Byzantiner, sollen einem hiesigen Lokalblatte zufolge mehrere Stellen aus der Rede, die er bei der Enthüllung des Poseners Kaiser Friedrich-Denkmal gehalten hat, vom Zivilkabinett des Kaisers gestrichen worden sein, und zwar handelte es sich dabei um jene Stellen, die sich scharf gegen die Polen richteten. Vom polnischen Uebermut darf also nicht mehr gesprochen werden! Die also censurierte Rede enthielt nur mehr einen Passus, in dem „Polen als dem Schaulplay erbitterter Kämpfe von Alters her“ und vom „nationalen Gegenplay, der in diesen Kämpfen zum Ausdruck kommt“, die Rede ist. Wieder alles Erwarten unterließ es der Kaiser, die Reden des Oberbürgermeisters sowie des Oberpräsidenten zu beantworten. —

Posen, 3. September. Hier sind verschiedene Gerüchte im Umlauf, deren Richtigkeit sich vorläufig nicht feststellen läßt. Gernern soll eine Frau im Gedränge verhaftet worden sein, die eine Majestätsbeleidigung begangen haben soll. Ferner erzählt man sich, es sei mit Hochdruck daran gearbeitet worden, den vom polnischen Adel gebauten und erhaltenen Bazar, in dem sich die Versammlungslokaltäten des Adels befinden, noch in letzter Stunde zur Teilnahme an der Dekoration zu bewegen. Man meint fabelhafte Summen, die dem Geschäftsführer des Hauses angeboten worden sein sollen. Trotzdem blies das Gebäude, das gleich gegenüber dem Provinzialmuseum auf dem schönsten Plage der Stadt steht, ohne Schmutz und Verletzt das nationale und monarchische Empfinden peinlich. —

Soldaten als Versuchskaninchen. Der „Volksstimme“ in Mannheim wird geschrieben: Der „vornehmste Acker“, den der deutsche Bürger bei Ableistung seiner Militärpflicht trägt, scheint ihm nicht vor sehr unvornehmen Dingen zu schützen. An der Heidelberger Universität werden bei den Vorlesungen über Anatomie Soldaten den Studenten als Versuchskaninchen vorgeführt. Sie müssen sich im Kollegienaal völlig entkleiden und sich jedem Experimentierverfuch willig unterziehen. Will zum Beispiel der Vortragende Professor den Studenten recht deutlich die Form eines Muskels am menschlichen Körper zeigen, so elektrifiziert er die beiden Muskelnenden so stark, daß der Muskel sich krampfhaft zusammenzieht und so deutlich heraustritt. Das sind bisweilen recht schmerzhaften Experimente für das Versuchskaninchen. Natürlich kommt es vor, daß das menschliche Versuchskaninchen nicht die intelligentesten Gesichter während der Experimente schneidet, was dann den Herren Studenten Anlaß zu großer Heiterkeit giebt. Es erinnert dies Vorgehen an das kürzlich mitgeteilte Wort eines Professors der Anatomie, der einem lebendigen Frosch das Gehirn langsam entfernte. Als das gequälte Tier plötzlich mit dem letzten Rest seines wichtigsten Organs vom Visektionstisch herabsprang, lachten die Studenten unendlich. Der Professor aber meinte: „Da sehen Sie, meine Herren, wie wenig Sie genügt, um Sie zur Heiterkeit zu bringen.“ Es wäre angezeigt, wenn die maßgebenden Behörden Aufklärung über die Verwendung von Soldaten bei anatomischen Vorlesungen geben würden. Wenn sich sonst niemand, auch nicht gegen Verwahrung, zu solchen Experimenten hergeben will, dann mögen die Studenten selber der Wissenschaft das Opfer bringen. Aber der deutsche Soldat ist auf keinen Fall dazu da. —

Der Dreischraf Büdler wurde am Donnerstag durch die Strafkammer in Glogau wegen Herausforderung des Sanitätsrats Dr. Reumann zum Zweikampf mit tödlichen Waffen zu 2 Monaten Festung verurteilt. Büdler's Inspektor Kirchner erhielt wegen Kartelltragens 1 Monat Festung. Die Staatsanwaltschaft hatte einen Monat resp. 14 Tage Festung beantragt. —

Endlich eine als schwere Körperverletzung qualifizierte Soldatenmißhandlung. — Wegen Mißhandlung eines Untergebenen hatte sich vor dem Kriegsgericht in Frankfurt am Main der Sergeant Bernau vom 6. Wlanen-Regiment zu verantworten. Der Angeklagte, dem von seinem Vorgesetzten das Zeugnis besonders guter Führung ausgestellt wird, hat sich nach dem Urtheil des Vertreters der Anklage gegen den Wlan Weh in sehr roher Weise verhalten. Als das 6. Wlanen-Regiment auf dem Übungsplatz bei Griesheim lag, sollte der Wlan am Morgen des 6. August er, die Stallwache beziehen, war aber nirgends zu sehen. Der Sergeant Bernau suchte ihn in seiner Abteilung dienenden Soldaten und fand ihn noch im Bett. Er nahm nun einen Riemen und prügelte damit den Wlan berartig, daß man das Schreien des Mannes draußen hören konnte. Ein dienstfertiger Gefreiter hatte während dieser Abstrafung die Thür der Baracke abgeschlossen, wie er vor Gericht angab, ohne sich etwas hierbei zu denken. Wie arg die Schläge des Sergeanten trafen, geht daraus hervor, daß der Wlan eine Wunde am Kopf davontrug. Der Rücken des bedauernswerten Soldaten war grün und blau geschlagen. Auf die Anzeige des Wlanhandelden wurde der Sergeant unter Anklage gestellt. Der Vertreter der Anklage betonte, daß hier ein Fall gefährlicher Körperverletzung vorliege, wobei jeglicher Widerstandsgrund fortzufallen müsse. Der Sergeant habe sich in sehr roher Weise verhalten. Das Kriegsgericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf zwei Monate Gefängnis, sah aber von der beantragten Degradation wegen der guten Führung des Sergeanten ab. —

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am Donnerstag der Schriftleiter des „Leipziger General-Anzeiger“ Arthur Fleißner vor dem Landgericht Leipzig zu verantworten. Die inkriminierte That soll durch einen Artikel in der am 27. Mai erschienenen

Nummer des genannten Blattes geschehen sein, welcher unter der Spitzmarke „Der jüngste deutsche Rittmeister“ die Ernennung des elfasser Reichstags-Abgeordneten Baron de Schind zum Rittmeister (zu la suite des Kronartillerie-Regiments Graf Sessler zu Dentz) behandelte. Der Angeklagte, welcher verhaftet war, ist gegen eine bedeutende Kaution auf freiem Fuße. Der Prozeß wurde verlagert, weil weitere Entlastungszeugen geladen werden sollen. —

In seiner Kritik des sogenannten „Obstruktionsplanes“ (siehe hierzu Artikel in der 1. Beilage d. Bl.) sagt Genosse Bruhns-Breslau, daß Doppelbezirke (mit 6 Wahlmännern) überhaupt eine Ausnahme bilden und deshalb als Grundlage einer solchen Berechnung gar nicht verwendet werden dürfen. In Breslau waren 1898 von insgesamt 422 Urwahlbezirken 401 einfache und nur 21 Doppelbezirke, und in andern mir bekannten schlesischen Wahlkreisen ist das Verhältnis der einfachen zu den Doppelbezirken noch günstiger. Hier liegt ein Irrtum des Genossen Bruhns vor; die Breslauer Zahlen sind richtig, aber Breslau bildet eine der seltenen Ausnahmen. Den Beweis für die Behauptung erbringt die folgende Tabelle, die aus der umfassenden Statistik der Landtagswahlen von 1898 die absoluten und Prozentzahlen der Urwahlbezirke mit 3, 4, 5 und 6 Wahlmännern für alle Städte Preußens mit damals über 100 000 Einwohnern, sowie für die schlesischen Städte enthält, für die diese Zahlen aus der Statistik zu entnehmen sind.

| Stadt | Einwohner | Urwahlbezirke | Davon mit | | | | In Prozenten der Gesamtzahl | | | |
|---------------------|-----------|---------------|-----------|----|----|-----|-----------------------------|------|------|-------|
| | | | 3 | 4 | 5 | 6 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| Königsberg . . . | 161 666 | 106 | — | — | 1 | 105 | — | — | 0,9 | 99,1 |
| Danzig . . . | 120 338 | 76 | 3 | 3 | 4 | 66 | 3,9 | 3,9 | 5,3 | 86,9 |
| Berlin . . . | 1 578 794 | 1093 | 203 | 55 | 66 | 769 | 18,5 | 5,0 | 6,0 | 70,5 |
| Stettin . . . | 116 228 | 69 | — | — | 9 | 60 | — | — | 13,0 | 87,0 |
| Breslau . . . | 385 186 | 357 | 330 | — | — | 27 | 94,8 | — | — | 5,2 |
| Magdeburg . . . | 202 234 | 136 | 20 | 8 | 6 | 102 | 14,7 | 5,9 | 4,4 | 75,0 |
| Halle a. S. . . | 101 452 | 62 | — | — | — | 62 | — | — | — | 100,0 |
| Altona . . . | 143 249 | 103 | 31 | 2 | 5 | 66 | 30,0 | 2,0 | 5,0 | 63,0 |
| Hannover . . . | 174 455 | 124 | 9 | 20 | 41 | 48 | 7,3 | 21,0 | 33,0 | 88,7 |
| Frankfurt a. M. . . | 180 130 | 128 | 11 | 17 | 30 | 70 | 8,6 | 13,3 | 23,4 | 54,7 |
| Krefeld . . . | 105 376 | 65 | — | — | — | 65 | — | — | — | 100,0 |
| Düsseldorf . . . | 144 642 | 95 | — | — | — | 95 | — | — | — | 100,0 |
| Elberfeld . . . | 125 899 | 83 | — | — | — | 83 | — | — | — | 100,0 |
| Vormen . . . | 116 144 | 78 | 1 | 1 | 3 | 75 | 1,3 | 1,3 | 3,8 | 93,6 |
| Köln . . . | 103 470 | 68 | — | — | — | 68 | — | — | — | 100,0 |
| Köln . . . | 281 681 | 175 | 3 | 1 | — | 171 | 1,7 | 0,6 | — | 97,7 |
| Leipzig . . . | 46 874 | 31 | — | — | 1 | 30 | — | — | 3,2 | 96,8 |
| Görlitz . . . | 62 135 | 40 | 1 | — | — | 39 | 2,5 | — | — | 97,5 |
| Weißen . . . | 36 905 | 25 | 2 | — | 1 | 22 | 8,0 | — | 4,0 | 88,0 |

Abgesehen von Breslau überwiegt durchweg die Zahl der Bezirke mit 6 Wahlmännern die der mit 3 Wahlmännern ganz bedeutend. Aber die Tabelle zeigt noch eine Merkwürdigkeit. Geleglich ist bestimmt (Verordnung vom 30. V. 1849, § 7): „Die Urwahlbezirke müssen, so weit es thunlich ist, so gebildet werden, daß die Zahl der in einem jeden derselben zu wählenden Wahlmänner durch drei teilbar ist.“ Nach gesetzlicher Vorschrift müssen also die Bezirke mit 4 oder 5 Wahlmännern in den größeren Gemeinden die Ausnahme bilden. Unsere Tabelle zeigt, daß das in fast allen genannten Städten zutrifft; nur Frankfurt a. M. und Hannover zeigen merkwürdige Ziffern; der Prozentsatz von Wahlkreisen mit vier und fünf Wahlmännern beträgt für Frankfurt a. M. 30,7, für Hannover gar 54,0!! Unter dortigen Genossen bringen vielleicht in Erfahrung, welche Umstände dort die Bildung von Urwahlbezirken mit drei und sechs Wahlmännern so häufig unthunlich erscheinen ließen.

Es erhebt sich die Frage, welche Bedeutung es haben würde, wenn zahlreichere Gemeinden dazu übergehen könnten, die Urwahlbezirke mit drei Wahlmännern zu bevorzugen. Damit würde einseitig die Dauer der Wahlhandlung wesentlich abgekürzt werden, andererseits würde die Schwierigkeit bei der Aufstellung der Wahlmänner wachsen, die ja in dem betreffenden Urwahlbezirk wohnen müssen. Dagegen würden sich in erheblichem Maß die Wahlkuriositäten vermehren und verschärfen; die Gelegenheit für die Socialdemokratie auch in der ersten und zweiten Abteilung Wahlmänner durchzusetzen, würde steigen, da der Einfluß einzelner großer Steuerleistungen in Proletarierquartieren auf einen engeren Bezirk beschränkt würde. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zu den Ausgleichsverhandlungen. Am Donnerstagabend begab sich Ministerpräsident v. Storer mit dem Finanz-, Handels- und Ackerbauminister, sowie den Fachreferenten nach Budapest, um dort die Verhandlungen über den Posttarif mit den ungarischen Ministern fortzusetzen. Trotzdem die Differenzen noch bedeutend sind, herrscht doch in Regierungskreisen eine außerordentlich optimistische Stimmung und es wird versichert, daß die Ausgleichsvorlage bis zum Zusammentritt der beiden Reichsvertretungen völlig fertiggestellt sein wird. —

Agram, 4. September. In der Stadt herrscht völlige Ruhe. Der gestern totgegoßene Hauptmann Wittos lebt noch, er soll sich etwas besser befinden. Die Meldungen, daß auch in mehreren Provinzialstädten Unruhen stattgefunden hätten, werden amtlich dementiert. —

Schweiz.

Noch einmal der socialdemokratische Wahlsieg in Auserhül. Zürich, 3. September. (Fig. Ber.)

Der Wahlausgang in Auserhül beschäftigt die gesamte schweizerische Presse, nachdem sie seit Monaten den Vorgängen im Kanton Zürich die größte Aufmerksamkeit gewidmet hatte. Die „Zürcher Post“, das Organ der „Demokraten“, deren Redakteur aus Reichsheim wie auch aus langer politischer Tatkraft gegen die Reaktion der Auserhüler Wahlen gestimmt hatte, leitet ihre Wahlbetrachtungen sehr zutreffend mit den Worten ein: „Das Kausalitätsgesetz: gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen, ist unerbittlich; daß Druck Gedrückt, Gewalt wieder Gewalt erzeugt, leidet diejenigen, die es noch nicht wußten, graunam deutlich der gestrige Wahlsieg im dritten zürcherischen Stadtkreise.“ Nachdem nun dargelegt wird, daß die durchschmittliche Stimmzahl der 27 Socialdemokraten von 4815 am 27. April gestiegen ist auf 6022, um über 1200, gleichzeitig aber die der Bürgerlichen um 300 Stimmen von 3684 auf 3418 sank, konstatiert sie, daß dadurch der Gewaltbereich des Kantonsrates von der höheren zur niederen Schicht der Wählerschaft mit einer Rücksichtslosigkeit laxiert worden, die wohl manchem, der der Reaktion zugeneigt ist, die Augen öffnen werden. Die Schuld an den ganzen Vorkommnissen schiebt das socialdemokratische Blatt der von der „N. Zür. Ztg.“ und ihrem Chefredakteur Dr. Bissegger seit Jahren unter dem Schlagwort „Die Socialdemokratie ist der Feind!“ betriebenen bürgerlichen Sammelpolitik zu, die wohl die Demokraten bezimmerte und sie in die Reihen der „Freisinnigen“ als „gesammelte“ führte, gleichzeitig aber auch die Socialdemokraten sammelte. Die Reorganisation der gesamten schweizerischen Socialdemokratie hat dann noch das weitere zur Befestigung der Partei beigetragen.

Die socialistenfresserische „Neue Zür. Ztg.“ hat keinen Leitartikel über das Nützliche Herstellen ihrer Sammelpolitik an der harten Mauer der socialistischen Phalanx gebracht, sie hat ihre Betrachtungen erst an zweiter Stelle placiert. Unter der Wucht der Thatfachen verliert sie keine Besinnung der schweren Niederlage der Bürgerlichen, wenn sie es schon gewohnheitsgemäß an Deutelei und Demagogie nicht fehlen läßt. Heute ist die Socialdemokratie unbejirrte Herrin (im II. Kreise) und Herr Pfleger der Kaiser von Auserhül. Geographisch ist heute die politische Macht in der Stadt Zürich so verteilt, daß West und Nord socialistisch, Süd und Ost freisinnig und demokratisch ist. Die sucht-

bare Niederlage preht dem Hauptblatt der Schweizerischen Kapitalisten das Gefährnis ab, daß nun die Einführung der Proportionalwahl ein Gebot der politischen Notwendigkeit für die Stadt Zürich sei — wir aber wollen sie für den ganzen Kanton, sonst wäre sie der gleiche demagogische Kniff wie die fakultative Proportionalwahl in demselben Gewerbegerichts-Gesetze. Wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, wollen die Bürgerlichen mit ihnen teilen, d. h. ihnen etwas abnehmen, wo aber sie selbst die Mehrheit haben, da möchten sie nach wie vor alles hübsch für sich behalten.

Aus den Äußerungen der übrigen Schweizerpresse seien noch folgende beachtenswerte Bemerkungen erwähnt. Das freisinnige „Luzerner Tageblatt“ schreibt: „Im Wahlkreis war behauptet worden, kaum 2000 Sozialdemokraten seien am 7. April zur Urne gegangen, alle andern Stimmen seien erschlichen oder erlauft worden. Und nun sollen die Sozialdemokraten mit solchen Stimmenmassen auf! Auch der bisigste „Bürgerliche“ wird nicht mehr behaupten wollen, daß die Tausende und Tausende von Stimmen über 2000 hinaus nur vom Stimmzettel herrührten.“ Das Blatt erklärt dann weiter, daß ihm der Kassationsbeschluß weder rechtlich begründet noch politisch klug zu sein schien und sagt schließlich: „Das Wahlergebnis vom 31. August darf als ein energischer Protest gegen den Kantonsrat und seine Wahlmoral aufgefaßt werden und die Leidenschaften, die der Kassationsbeschluß entfesselt, werden nachwirken, schließlich zum Fortkommen des Gemeinwefens. Die neuen Auserwählten haben also den Bürgerlichen nichts gemutet, aber dem ganzen eher geschadet.“

Voller jubelnder Vegetation ist unsere Parteipresse und ist namentlich die zürcherische Arbeitererschaft. Ihr Jubel am Sonntagabend über den herrlichen Sieg war groß und die Genossen Pfleger, Lang, Greulich, sowie der aus Luzern herbeigeeilte Zentralpräsident der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei, Genosse Albißer, welche in begeisterten Worten den großen Siegestag feierten, fanden stürmischen Beifall. Dank und Anerkennung wurde unserm Helden „Volksrecht“, dem ausgezeichnet redigierten Organ der Züricher Arbeitererschaft und seinem Redakteur, dem Genossen Hart, gesendet für die wirksame Arbeit, die in diesem Kampfe von ihm geleistet worden. Den Sieg nennt das „Volksrecht“ eine Abrechnung mit den Gegnern für all den Schlupf und die Vergeßlichkeit, die diese den Arbeitern zugefügt haben, und es konstatiert, daß die Sozialdemokratie in der Stadt Zürich, nicht bloß in Ausersehen, die Mehrheit hat, wenn die Arbeiter aller Kreise von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen.

Das wird sich in zwei Monaten, bei den Ende Oktober stattfindenden Nationalratswahlen zeigen. Gewähren die „gesammelten Gegner“ unserer Partei von den 9 Nationalratsmandaten nicht eine ihrer Stärke entsprechende Anzahl und es kommt im ganzen Wahlkreis zu einem Kampfe, wie wir ihn soeben in Ausersehen erlebt, es ist nicht unmöglich, daß 9 Sozialdemokraten in den Nationalrat gewählt werden. Nach dem Siege von Ausersehen sind die Wahlausichten für uns ebenso günstig als für die Bürgerlichen ungunstig. Aus der alten Ausersehenspartei ist unsere Partei in Zürich heraus und das hier gegebene gute Beispiel wird aufsteigend und ermutigend zurückwirken auf die Genossen im ganzen Lande. Es geht vorwärts! —

Polizeispiegel in der Schweiz. In Genf wurde in einer Versammlung von Parteigenossen der angebliche Student Jsaak Periz aus Moskau, geboren 1874, als Polizeispiegel entlarvt. Er hat in der Versammlung, wie in unserer Schweizerischen Parteipresse berichtet wird, auf Vorhalt zugestanden, in den Jahren 1898 und 1899 im Dienste der russischen Polizei gestanden zu haben, dann aber habe er die Spitzerei aufgegeben und sich nahe dem sozialdemokratischen Verein Lemberg, dem Arbeiterbildungsverein St. Gallen sowie den dazwischen bestehenden Vereinen der österreichischen und der italienischen Sozialisten angeschlossen, zuletzt war er Mitglied des deutschen Arbeitervereins in Genf. Die Versammlung beschloß, vor dem Verfall öffentlich alle sozialistischen Organisationen zu warnen. Verfall ist von großer Statur, hat helles Kopf- und Barthaar, helle, etwas schielende Augen, rundes Gesicht mit großer gebogener Nase. Er spricht deutsch, polnisch, den jüdischen Dialekt, französisch, italienisch und arabisch. —

Frankreich.

Jaurès über die Revancherede Andrés. Jaurès betont in einem Artikel in der „Revue Républicaine“, daß die Revanchetiraden des französischen Kriegsministers Schaumslägererei gewesen seien. Die faden Revanchephrasen, die dem Willen des französischen Volkes durchaus nicht entsprechen, dienen nur zur Verlangung des rohen Systems der Militärherrschaft. Man brauche nur zu sehen, welche Aufnahme die chauvinistischen Zeitungen Deutschlands der Revancherede Andrés bereitet hätten. Sie freuten sich über sie; sie wüßten, daß das höchste Redensarten seien, daß Frankreich den Frieden wolle; aber sie bedienten sich der Ministerrede für ihre Zwecke.

Reducierungen des Marine-Staats. Dem „Echo de Paris“ zufolge hat der Marineminister dem neuen Kommandanten des Mittelmeer-Geschwaders Admiral Pottier mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die Lage des Budgets dem vom Finanzminister Rouvier ausgesprochenen Wunsch entsprechend Ersparnismaßnahmen durchführen werde und besonders den Effektivbestand des Mittelmeer-Geschwaders in demselben Verhältnis wie den des Nordgeschwaders verringern wolle. Der Bestand der Panzerschiffe würde dann um je 150 Mann herabgesetzt werden. Das „Echo de Paris“ erhebt Einspruch gegen diese Maßnahmen. —

England.

Konferenz zwischen Chamberlain und den Boerengeneralen. Nach einer Londoner Meldung bestätigt es sich, daß am Freitagnachmittag 3 Uhr eine Besprechung zwischen Chamberlain und den Boerengeneralen stattfand, der auch General Kitchener beiwohnen soll.

Wie es heißt, werden die Boerengenerale außer der Zustimmung politischer Rechte an ihre Mitbürger auch eine Erhöhung der Summe zum Wiederaufbau der Farmen um 3 Millionen verlangen. Chamberlain hat Kitchener zurückzuführen, um an den Verhandlungen teilzunehmen. —

Lord Roberts, Kriegsminister Brodrick sowie die Generale Kelly-Kenny, French und Jan Hamilton sind am Donnerstag nach Deutschland abgereist, um den Kaisermanövern beizuwohnen. —

Afrika.

Zur Minenarbeiternot. „Daily Telegraph“ meldet aus Johannesburg vom 3. September: Eine gemeinsame Versammlung der Exekutive der Minenarbeiter hat nach Beratung mit den Ingenieuren der einzelnen Minengruppen und mit dem Verbande der Minendirektoren den Grundsatz der Accordarbeit angenommen. Auf diese Weise hofft man Arbeiter für die Minen heranzuziehen, indem man fleißigen und brauchbaren Arbeitern höhere Löhne gewährt.

Dieser Beschluß ist ebenso schädlich wie die Verordnung des Gouverneurs Milner, die schwarzen Arbeiter durch eine hohe Kopfsteuer zur Arbeit zu zwingen. Die zur Arbeit Gezwungenen sollen dann durch die Accordarbeit entsprechend ausgegütet werden. Das sind die Segnungen der siegreichen englischen Kultur! —

Amerika.

Eine Schiedsgerichts-Bill. Auf Veranlassung des Senators Quay hat das republikanische Staatskomitee von Pennsylvania an den Gouverneur dieses Staates das Ersuchen gerichtet, die Staatslegislatur zu einer Sondertagung einzuberufen, um eine Bill durchzubringen, welche die Streikenden, sowie die Grundbesitzer nützt, ihre Streitigkeiten einem Zwangsschiedsgericht zu unterbreiten. —

Ueber den Unfall Roosevelt wird noch gemeldet: Der Aufscher des Wagens, in welchem Präsident Roosevelt saß, wurde

infolge des Zusammenstoßes 25 Schritt weit geschleudert und schwer verletzt. Der Präsident wurde unter den Trümmern des Wagens, welcher gänzlich zerstört wurde, fast vollständig begraben, befreite sich jedoch sofort ohne fremde Hilfe. Der Präsident und sein Geheimsekretär Cortelton erlitten erhebliche Quetschungen im Gesicht. Roosevelt blieb ruhig und drückte sein lebhaftes Bedauern über den Tod des Geheimpolizisten aus. Er und seine Begleiter begaben sich in ein nahegelegenes Haus und fuhren sodann unter Aufgabe der Weiterfahrt nach Bridgeport, wo ein Dampfer sie erwartete und nach Oyster Bay brachte. —

Aus Industrie und Handel.

Der angeblich „gute Geschäftsgang“ in der Textilindustrie. In einem Teil der Handelspresse wertete in letzter Zeit allerlei Notizen über den guten Geschäftsgang der Textilindustrie verbreitet. Soweit solche Nachrichten nicht überhaupt bloße Stimmungsmache treiben, haben sie nur für bestimmte Gegenden und bestimmte Branchen Gültigkeit, denen aber andre Gegenden und Zweige der Textilindustrie gegenüberliegen, die noch immer hart unter der Krise leiden. So bringt in seiner Nr. 201 das „Sächs. Volksbl.“ eine Zusammenstellung von 53 Firmen des Vogtlandes, fast ausschließlich Raumgewerbetreibenden, aus der hervorgeht, daß von den 11644 Beschäftigten dieser Firmen in voriger Woche nur 8091 im Betriebe waren, dagegen 3553, also beinahe ein Drittel, leerstanden. Dazu kommt aber noch, daß schon seit längerer Zeit einige Fabriken des Bezirkes gänzlich außer Betrieb gesetzt sind, so daß im ganzen ungefähr 35 Prozent aller Stühle unbeschäftigt sind.

Welt-Geld-Gründe. Das ungarische Ackerbau-Ministerium veröffentlichte seine Schätzung der Gesamt-Getreide-Ernte der Welt. Danach dürfte der Durchschnittsertrag des Weizens 1023, des Roggens 556, der Gerste 402, des Hafers 1058, von Weizen 1047 Millionen Hektoliter betragen. Europa zeigt gegen das Vorjahr einen Mehrertrag von Weizen 08, Roggen 49, Gerste 44, Hafer 32 Millionen Hektoliter, von Weizen einen Windertrag von 48 Millionen. Die überseeischen Staaten zeigen gegen das Vorjahr einen Mehrertrag: von Weizen 14 Millionen Hektoliter, Roggen 14, Gerste 46, Hafer 57, Weizen 364 Millionen Hektoliter. Der Getreide-Ertrag ist daher in Europa um 145, in den überseeischen Ländern um 481 Millionen Hektoliter größer. Der Bericht schätzt den Weizenverbrauch in Deutschland auf 49 Millionen Hektoliter, den wahrscheinlichen Einfuhrbedarf auf 18; den Ertrag des Roggens auf 121, den wahrscheinlichen Einfuhrbedarf auf 11 Millionen Hektoliter.

Darfstoffe Vergewerke und Chemische Fabriken. Der Bruttoertrag des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt 1036 935 Mark, gegen 1250 156 Mark im Vorjahre. Davon gehen ab für Unkosten 53 000 Mark (im Vorjahre 49 000 Mark) und für Verlust beim Transithandels-Geschäft 98 391 Mark, ferner lassen 343 599 Mark zu Abschreibungen verwendet (im Vorjahre 410 994 Mark) und 40 000 Mark dem Erneuerungsfonds überwiesen werden. Es verbleibt ein Reingewinn von 521 861 Mark (im Vorjahre 760 793 Mark), von dem nach dem Vorschlag der Verwaltung eine Dividende von 5 Proz. zur Verteilung gelangen soll gegen 7 Proz. im Vorjahre.

Zur Praxis der Losgesellschaften. Es ist zwar nicht gerade geschicklich, aber erklärlich, wenn mancher, der Tag für Tag sich plagen und schinden muß und doch trotz aller Anstrengung nicht vorwärts kommt, den Wunsch hegt, er möchte doch mal in der Lotterie sein Glück versuchen. Unerklärlich ist es aber, wenn von diesem Verlangen getrieben, kleine Leute sich Losgesellschaften, vielfach sogar ausländischen, anschließen, die in ihrer Mehrheit nichts weiter sind, als niedrige Spekulationen auf die Einfaltigkeit derer, die nicht alle werden. Der einer solchen Gesellschaft Beitretende hat nicht nur keinerlei Garantie, daß die genannten Lose wirklich angekauft und die etwa auf diese fallenden Gewinne richtig ausbezahlt werden, es entspricht auch der Wert der Lose, deren Ankauf zugelagt wird, nur in den seltensten Fällen der Summe, die von den Mitgliedern eingezahlt werden muß. Sehr oft kostet der Ankauf der betreffenden Lose der sogenannten „Bank“, die gewöhnlich hinter solchen Unternehmungen steht, nur die Hälfte oder höchstens zwei Drittel der von den Mitgliedern der Losgesellschaft eingeforderten Gelder; und außerdem steht sie durchweg auch noch die Finsen ein, welche die zinstragenden Lospapiere abwerfen, so daß sich für die Bank das „Gründen“ von Losgesellschaften als ein außerordentlich profitables Geschäft erweist.

Zur Illustration des Treibens mag folgendes Beispiel dienen. Am Sonnabend, den 23. August, erschien im „Vorwärts“ folgendes Inserat: „Man biete dem Glücke die Hand! Lotterieverein lotteriert. Sucht Mitglied. 82 Lose für 100 Mark. Meldungen unter „Germania“ Nr. 24 postlagernd Berlin O. 17.“ Ein Parteigenosse, hiesiger Kaufmann, der seit längerer Zeit die Sache der Losgesellschaften verfolgt, ließ darauf an die „Germania“ einen Brief schreiben und um Zusendung eines Prospekts bitten. Er erhielt sofort von der „Losgelegheits-Gesellschaft“, „Germania“ unter Leitung des Bankinstituts „Standia“ in Kopenhagen einen langen Prospekt mit Einladung zum Beitritt und allerlei Reklamematerialien zugesandt, aus denen hervorgeht, daß die Gesellschaft „Germania“ unter der Leitung des „Bankinstituts Standia“ sich gewerbemäßig mit der Gründung von Losgesellschaften befaßt. Je 100 Mitglieder, die sich auf ihre Annoncen und Reklamen zum Beitritt melden, werden zu einer Losgesellschaft vereinigt und dann durch Unterschift unter eine Beitrittserklärung, die nur ihre Pflicht zum Zahlen festsetzt, von den Gegenverpflichtungen des „Bankinstituts Standia“ aber kein Wort enthält, an die Gesellschaft gebunden. Der Beitrag beträgt für jedes Mitglied 5 Mark pro Monat und zwar auf die Dauer von 30 Monaten, so daß jeder also im ganzen 150 Mark zu bezahlen hat. Die Einzahlung einer Gesellschaft beträgt demnach 15 000 Mark. Dafür übernimmt die „Germania“ beziehungsweise „Standia“ den Ankauf von 82 Lose, deren nomineller Gesamtwert sich auf ungefähr die Hälfte der eingezahlten Summe beläuft, deren Ankauf sich aber nach Umständen Ueberschlag noch etwas niedriger stellen dürfte; denn neben einigen guten Lospapieren befindet sich unter dem Rest viel minderwertiges Zeug: nämlich 400 Frank-Lose, Barletta-Lose, Madrider Lose etc. Selbst wenn also die „Germania“ bezw. „Standia“ die angegebenen Lose wirklich kauft, verdient sie bei der Gründung jeder Losgesellschaft etwa 8000 Mark, dazu kommt aber noch, daß nirgends angegeben steht, der Rinderlös aus den zustragenden Papieren würde den Losgesellschaften zugesprochen; es dürfte also wohl auch dieser noch von der „Standia“ oder der von dieser vorgeschobenen „Germania“ eingestrichelt werden, und ferner wird — in dem Prospekt ist allerdings nichts darüber gesagt, aber es entspräche nur einem häufigen Brauch — höchst wahrscheinlich das ehrenwerte Institut sich für die Loskäufe und Gewinnauszahlungen auch noch Provisionen berechnen. Dagegen sind die Ausgaben der „Standia“ außerordentlich gering; sie bestehen nur in den Kosten für Inserate und Reklame, das Wort für die Korrespondenz, auch das Rückporto, tragen die Gesellschaftsmitglieder.

Ein famoses Geschäft; und doch fallen auf diesen Wampy immer wieder Leute herein.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

25. Sitzung vom Donnerstag, den 4. September, nachmittags 5 Uhr.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung, der ersten nach der zweimonatigen Ferienpause, stehen 75 Nummern, von denen 23 in geheimer Sitzung zur Erledigung kommen sollen. Außerdem liegen vor die dringlichen Anträge betreffend schlemmige Maßregeln gegen die Fleischnot bezw. Fleischteuerung, und zwar a) der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion Augustin und Genossen:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr gemeinsam schlemmige Schritte zu unternehmen, den Bundesrat zu veranlassen, die Abspernung der Grenzen gegen die Vieheinfuhr aufzuheben, um die die Volkswohlfahrt schwer schädigende Fleischteuerung einzuschränken;

b) den gemeinsamen Antrag der andren drei Fraktionen:

Mit Rücksicht auf die durch Hemmung der Einfuhr entstandene, die Berliner Bevölkerung und namentlich die minderbemittelten Klassen derselben in ihrer Ernährung schwer schädigende Fleischteuerung, ersucht die Versammlung den Magistrat, in Gemeinschaft mit der Versammlung bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden auf Beseitigung der Einfuhrverbote vorstellig zu werden.

Die Sitzung wird um 5 1/2 Uhr von Vortieher Dr. Langers mit einem Nachruf für den am 20. v. M. im Alter von 72 Jahren plötzlich verstorbenen Stadtv. Theodor Meßner eröffnet. Der Vortieher erwähnt, daß Meßner schon 1891—95 der Versammlung angehört, hebt hervor, daß er nicht bloß in der Versammlung wie in den Ausschüssen und Deputationen seine Schuldigkeit im höchsten Grade gethan, sondern auch ein freundliches und liebenswürdiges Benehmen gegen sämtliche Kollegen gezeigt hat und schließlich: „Er war wirklich ein außerordentlich braver und lieber Kamerad, und ich denke, wir werden ihm ein freundliches und wohlwollendes Andenken bewahren.“ (Beifall.) Die Versammlung hat die Worte des Vortiehers stehend angehört.

Der Ausschuss zur Vorbereitung des Antrages Augustin betr. den Urlaub der städtischen Arbeiter ist gewählt und hat sich konstituiert.

Schlemmige Maßregeln gegen die Fleischnot.

Der Dringlichkeit der oben mitgeteilten Anträge wird von keiner Seite Widerspruch entgegengeleitet. Die Versammlung beschließt dieselben vorweg zu verhandeln.

Stadt. Cassel (N. L.): Da die Tendenz beider Anträge dieselbe ist, wird sich in der Beschlußfassung der Versammlung eine erfreuliche Uebereinstimmung zeigen. Daß es sich nicht um einen künstlich gemachten „Nummel“ handelt, daß wirklich eine allgemeine Fleischteuerung eingetreten ist, beweisen die von allen Seiten aus dem Deutschen Reich erlösenden Klagen und Rufe. Wenn der Landwirtschaftsminister v. Boddiski in dem Bescheide an die Königsberger Kaufmannschaft von einem ständigen Anstieg des Preises für Schlachtwiege spricht, so stimmt das mit der amtlichen Statistik nicht überein. Es steht vielmehr fest, daß sich die Schweinefleischpreise zu enormer Höhe erhoben haben, für den Doppelcentner Lebendgewicht von 96 auf 118 Mark (Hört, hört!) Auch die freihändlerischen Kreislagen gewiß unüberhörliche „Germania“, das führende Centrumorgan, spricht am 31. August von einer Fleischteuerung, die, wenn sie länger andauere, zu einer wahren Katastrophe werden müßte. Die Gründe für diese Erscheinung liegen zweifellos hauptsächlich in den bestehenden Einfuhrverboten. Dem Minister geht eigentümlicherweise die Rücksicht auf den Schutz der heimischen Schweine vor Berücksichtigung der Rücksicht auf die hinreichende Ernährung der heimischen Menschen vor. Es hört sich wie eine Satire an, wenn man erzählt, daß anlässlich des Kaiserbesuchs in Posen der dortige Magistrat den Minister besaworen hat, dafür zu sorgen, daß in Posen während dieser Zeit für die zusammenströmende Menschenmenge auch genügend Fleisch zur Ernährung vorhanden sei, und daß der Minister sich auf diesen Appell hinan Herrn — Ring, den Obersten der auf die Verteuerung der Milch wie des Fleisches bedachten Agrarier, gewendet hat! (Heiterkeit.) Diese Fleischnot ist um so bedenklicher, als, wie ebenfalls die „Germania“ zugiebt, die schlechten Erwerbsverhältnisse noch hinzukommen, um der großen Masse der Fleischgenuss noch weiter zu verkrüppeln. Daß mit der Grenzsperrung der Ausfuhr des heimischen Schweinebundes vorgebeugt wird, ist eine Aufsammlung, die natürlich die Agrarier eifrig vertreten; andererseits steht fest, daß die ausländischen Schweine an der Verhinderung nicht zu Grunde gegangen sind, und daß in den Grenzbezirken die dort zulässige beschränkte Einfuhr noch keine Spur eines Schadens angedeutet hat. In einer Zeit, wo so viel Verdröppelheit über den Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufricht, in einer Zeit, die andererseits im Zeichen des Verlechts stehen soll, wird ein solcher Protest von uns wohl nicht wirkungslos verhallen und man wird sich an den entscheidenden Stellen überlegen, ob es nicht besser ist, rechtzeitig einzugreifen und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. (Beifall.)

Stadt. Pfammuch (Soe.): Die herrschende Einmütigkeit über das Vorhandensein einer Fleischnot und Fleischteuerung überhebt mich der Mühe, den Nachweis dafür meinerseits zu erbringen. Der Vertreter der größten Partei in diesem Saale hat dargelegt, daß die daraus erwachsende Gefahr nicht in der Ferne liegt, sondern sich schon nahe auf den Hals gerichtet ist und daß wir thätigst eingreifen müssen, den Zustand zu bejähigen. Für die minderbemittelten Klassen gehört der Fleischgenuss schon zu den Necessitäten. Der Vortredner hat das politische Gebiet möglichst zu vermeiden gesucht. Das geht aber nicht ganz, wenn man die Frage grundsätzlich erörtern will, denn durch die agrarische Agitation ist die Frage zu einer politischen geworden. Der Bund der Landwirte, das Ueberagrarium, ist der Träger der künstlichen Fleischteuerung in Deutschland. Die Ueberagrarien behaupten, die deutsche Landwirtschaft sei ebenso wenig in der Lage, für das gesamte tägliche Brot des deutschen Volkes das Korn zu produzieren, wie den Fleischbedarf Deutschlands zu decken. Nach der Statistik sind bis 1897 durchschnittlich in dem vorausgegangenen Jahrzehnt in jedem Jahre eingeführt worden 47 000 Ochsen, 97 000 Kühe, 68 000 Stüd Jungvieh, 11 693 000 Schweine unter 1 Jahr und 2 695 000 ältere Schweine. Diese einfachen Ziffern ergeben für jeden logisch denkenden Menschen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht den inländischen Fleischbedarf decken kann. Was die Zeit nach 1897 angeht, über welche mir keine statistischen Zahlen vorliegen, so soll ja inzwischen die deutsche Landwirtschaft ihr möglichstes gethan haben, aber eiliche schon von Herrn Cassel gestreite Vorkommnisse kräfen diese Behauptung Lügen. In Posen wird freilich auf der königl. Tafel von Fleischnot und Fleischteuerung nichts zu spüren gewesen sein (Zustimmung), in der Stadt selbst aber desto mehr. Trotz der Verhinderung des Herrn Ring, der dem Minister in Gegenwart des Oberbürgermeisters für genügende Fleischzufuhr in der Zeit der Massenansammlung zu sorgen versprochen, sind nicht mehr als ganze 123 Schweine nach Posen dirigiert worden. (Heiterkeit.) Aber die Dirigierung dieser horrenden Summe Schwine nach Posen hat den sonstigen Auftrieb der Centrale für Viehwirtschaft minimal gestaltet; er bestand aus dem fleißigen Viehhof aus 10 Stüd. Also was nach Posen dirigiert wurde, hat anderswo gefehlt. Wie in Berlin, so ist im ganzen Deutschen Reich der Auftrieb und die Zahl der Schlachtungen auf den Viehhöfen zurückgegangen; speciell aus Bera, Danzig, Dresden werden ganz charakteristische Zahlen gemeldet. Gewiß würde die Aufhebung der Grenzsperrung eine wesentliche Milderung schaffen. Aber die Agrarier haben in dem gegenwärtigen Landwirtschaftsministerium einen Parteimann, der mit allen Fasern aus ihrer Seite steht, denn sonst würde er den Vorhaltungen dieser Art eher Gehör schenken. Auf der letzten Winterparade der Agrarier im Circus Busch sagte Herr von Oldenburg, es müßte oberster Grundsatz sein, daß niemand im Lande ein Erzeugnis billiger kaufen kann, als es sich im Lande selbst herstellen läßt. Wenn solche Grundätze aufgestellt werden, haben alle Freunde der freien Konkurrenz sich dagegen anzubäumen. Nicht die Händler ihre ganze Politik nach diesen Grundätzen ein, so wird schließlich um Deutschland eine chinesische Mauer aufgeführt, und diejenigen, die nichts zu leben haben, werden einfach auf die Kirchhöfe speidert. Die Grenzsperrung ist seit Jahrzehnten systematisch betrieben worden, sie ist das Komplement zu den höheren Zöllen für die landwirtschaftlichen Produkte, besonders für das inländische Vieh. Die heute für lebendes Vieh bestehenden Zölle will schon die Regierungsvorlage verdoppeln und verdreifachen. Die Agrarier haben für das Vieh und das Fleisch ganz erhebliche Erhöhungen über die Sätze der Vorlage hinaus in der Zolltariffkommission durchgesetzt, und das Ueberagrarium geht bekanntlich selbst darüber noch ganz bedeutend hinaus. Was die Abwehr der agrarischen Bestrebungen betrifft, so werden

wir selbstverständlich der Regierung das Budget schon zu stärken suchen; aber auch unter diesem Gesichtswinkel müssen wir die systematische Grenzsperrung betrachten. Die Unterdrückung der Maul- und Klauenseuche ist für die Regierung die Veranlassung zur Grenzsperrung gewesen. Die deutschen Landwirte selbst wollen darunter nicht leiden, sie wollen auch die Kosten der Versicherung nicht tragen, und die Regierung hat ihnen zugestanden, daß sie in den versicherten Bezirken das noch gesunde Vieh in die Schlachthöfe dirigieren können. Warum sollen dieselben Sicherheitsmaßnahmen nicht auch für das Vieh von jenseits der Grenze zugelassen werden? Es wäre damit die Fleischnot zu einem erheblichen Teile beseitigt. Bei dem Fleischbeschaugesetz ist ja eine weitere Beschränkung der Fleischzufuhr, auch mit hygienischen Gründen motiviert, durchgeführt worden, es darf das sehr beliebte und billige Wachsenfleisch, ebenso Wurst nicht mehr eingeführt werden, zerlegtes Vieh auch nur im Zusammenhang mit Leber, Lunge und Nieren. Damit ist diese Einfuhr fast völlig unterbunden. Die für den Grenzverkehr bestehenden Erleichterungen sind ebenfalls durch rigorose Handhabung in ihrer wohltätigen Wirkung für die Ernährung der Bevölkerung der Grenzdistrikte nahezu aufgehoben worden. Diese Maßnahmen müssen dazu beitragen, die Bevölkerung auffällig zu machen, und wir könnten ja froh sein, wenn die Dinge in dieser Richtung weiter gingen, wenn nicht die Notlage da wäre und schweren Schaden für die Volkswirtschaft brächte. Wie schwer diese Lenkung auf dem Arbeiter- und dem kleinen Gewerbebestand lastet, geht gerade aus den Äußerungen der Metzgermeister und ihrer Presse hervor. Die „Allgemeine Fleischzeitung“ hat die betreffenden Stimmen mit Eifer zusammengetragen und der Fleischmeister Rohmann aus Hannover hat allen Ernstes vorgeschlagen, man solle einmal einen allgemeinen Streik machen und 14 Tage lang keine Schlachtung vornehmen (Heiterkeit), den Fleischern könne es nicht schaden, ob sie schlachten oder nicht, Profit hätten sie doch nicht dabei. So bricht sich die Entrüstung über die Rücksichtslosigkeit eines einseitigen Interessentenkreises Bahn, und der Mann trifft das Richtige, wenn er sagt, lenkt die Regierung nicht ein, dann wird es Zeit sein, daß das Volk bei den nächsten Wahlen die agrarische Seuche aus dem Lande hinausjagt. Das wird auch eine liberale Aufgabe sein. Wir müssen uns werden alles aufbieten; aber auch Sie haben diese Aufgabe, vereinigen Sie Ihre Stimme mit uns, sie wird nicht ungehört verhallen. Es hat mich gefreut, daß der Berliner Magistrat sich im Sommer mit an die Spitze gegen die Protektionierung gestellt hat, daß der Oberbürgermeister mit an der Spitze jener Versammlung gegen diesen unverschämten Vortag der Agrarier stand. Ich hoffe, daß der Magistrat mit dem Oberbürgermeister an der Spitze einmütig mit uns Hand in Hand auch gegen den Fleischwucher vorgeht, daß er Schulter an Schulter mit uns den Kampf gegen den agrarischen Uebermut aufnehmen wird, bis wir siegreich daraus hervorgehen werden. Den Agrariern muß begreiflich gemacht werden, daß Deutschland längst nicht mehr in den Bahnen des Agrarstaates wandelt, daß die Industrie emporgelblüht ist, ein Interesse daran hat, vorwärts zu schreiten, und dies nur kann, wenn sie von einem intelligenten, leistungsfähigen, gutgenährten Arbeiterstand unterstützt wird. (Weißlaut.)

Damit schließt die Debatte. Ueber die Frage, ob über beide Anträge und in welcher Reihenfolge abgestimmt werden soll, entsteht eine längere Geschäftsordnungs-Debatte. Während der Vorsitz und Stadtv. Romm sen. der Meinung sind, daß nur ein Antrag angenommen werden könne und der andre damit erledigt sei, äußern sich die Stadtv. Cassel und Hugo Sachs entgegen dem Stadtv. Pfannkuch, Singer und Kreitzling dahin, daß zunächst über den Antrag Cassel, der die Priorität habe, abzustimmen sei, dann aber über den Antrag Augustin. Hiernach wird schließlich verfahren und der Antrag Cassel einstimmig, der Antrag Augustin gegen die Stimmen der Fraktion Romm sen. angenommen.

Im Anschluß an die seiner Zeit vom Magistrat vorgelegte Statistik über die

Böhme und die Arbeitszeit der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter

hatte die Versammlung am 13. Juni 1901 beschlossen, den Magistrat zu ersuchen:

1. für sämtliche Betriebe Arbeiterauschüsse einzuführen mit Gewährung des aktiven Wahlrechts an alle großjährigen Arbeiter und des passiven an die mindestens 25 Jahre alten, sofern sie wenigstens 8 Jahre im Betriebe tätig sind;
2. die Arbeitszeit durchweg — mit Ausschluß der Landwirtschaft — auf 10 Stunden herabzusetzen;
3. die Mindestlöhne der vollbeschäftigten Arbeiter auf 3,50 M. zu erhöhen;
4. Ueberstunden sowie außerordentliche Sonntags- und Nacharbeit, so weit es noch nicht geschieht, entsprechend höher zu lohnen.

Der Magistrat erwidert unterm 11. Juli d. J., daß tatsächlich fast bei allen Verwaltungsstellen diesen Grundfragen entsprochen wird; die bei der Deputation II, dem Viehhof und der Desinfektionsanstalt I noch fehlenden Arbeiterauschüsse sollen eingerichtet und die Geschäftsordnungen der letzteren dem Magistrat zur Genehmigung vorgelegt werden, der Lohn der im Nachschubdienste der Arbeitshaus- und Obdachverwaltung sowie in der Tiefbauverwaltung vollbeschäftigten Arbeiter, sowie der Anfangslohn der bei der Konfektionsfabrik beschäftigten vollkräftigen Arbeiter (Kohlenarbeiter, Fuhrer, Druckrohr-Aufsicher, Kanal- und Sandfang-Arbeiter), endlich der Lohn der Pelzer der höheren Lehranstalten soll eine Erhöhung auf 3,50 M. erfahren.

Die Versammlung nimmt die Vorlage ohne Debatte zur Kenntnis.

Der in der Pfingstwoche 1903 in Berlin tagende V. Internationale Kongress für angewandte Chemie soll auf städtische Kosten im Rathause festlich empfangen werden; die Versammlung bewilligt dafür 10 000 M.

Die Vorlage wegen Neubaus einer Turnhalle nebst Abortgebäude auf dem Grundstück der 69. Gemeindefabrik, Al. Frankstraße 6, geht an einen Ausschuss.

Für das Friedrich-Wilhelms-Hospital und die Siedehaus-Anstalten in der Fiedelsstraße soll ein zweiter Assistenzarzt angestellt werden.

Stadtv. Gottfr. Schulz (Soc.) hält diese Verbesserung des ärztlichen Dienstes an den qu. Anstalten für nicht einkaufend genug. Auch Stadtv. Strahmann habe schon im Juni gründlichere Bedenke verlangt. Es müßten für die 573 Schwerkranken des Siedehauses mindestens zwei Assistenzärzte hinzukommen, außerdem ein Chirurgenarzt angestellt werden. Die 200 Kranken im Hospital seien überhaupt ohne Arzt; das sei ein Verbrechen, die armen Kranken dort so liegen zu lassen. Mindestens müsse auch hier ein Assistenzarzt stationiert werden. Redner beantragt Ausschussberatung.

Stadtschulrat Gerstenberg entgegnet, daß die Wünsche vom Magistrat anerkannt werden und sein Vorschlag erst der Anfang der Überänderung des ärztlichen Dienstes an den Anstalten sei. Es komme auch der Mangel an geeigneten Kandidaten für die Assistenzarztstellen in Betracht.

Stadtv. Dr. Ruge (R. L.) ist gegen Ausschussberatung, beantragt aber seinerseits die Annahme der Vorlage mit dem Vorbehalt, daß die Versammlung hiermit ihren früheren Beschluß nicht für erledigt hält, sondern einer Vorlage wegen Reorganisation des ärztlichen Dienstes entgegensteht.

Stadtv. Gottfr. Schulz: Der eine Assistenzarzt ist ja schon da; ohne meinen Antrag im Kuratorium hätten wir auch den noch nicht. (Rufe: Ja, na!) Wenn Sie 150 M. monatlich gewähren, können Sie sich nicht wundern, daß keine Meldungen erfolgen. Wir schließen uns dem Antrag Ruge an.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrag Ruge. Die beiden gegen die Wichtigkeit der Gemeindevählerliste erhobenen Einwendungen werden dem Wahlprüfungs-Ausschuss überwiesen.

Die vom Magistrat vorgelegten revidierten Bestimmungen des Reglements für die Viehscheuch-Entscheidungen und der Entwurf eines Reglements betr. die Entscheidung für an Milzbrand gekollerte Tiere werden unverändert angenommen.

Das Kuratorium der städtischen Heimstätten für Gefessene sollte nach dem Wunsch der Versammlung um zwei Stadtvordere vergrößert werden. Der Magistrat schlägt vor, das Kuratorium durch zwei Bürgerdeputierte zu verstärken, da nach der Meinung des Kuratoriums und des Magistrats letztere mehr freie Zeit hätten, um sich den Pflichten dieses Amtes zu widmen, als die vielbeschäftigten Stadtvordere.

Stadtv. Rosenow (R. L.) beantragt Ablehnung der Vorlage und Festhalten an dem früheren Beschlusse. Sei die Ansicht des Magistrats richtig, so müßten alle Stadtvordere aus dem Kuratorium hinaus. Es sei auch nur gerechtfertigt, daß in dieser Hinsicht immer mehr ausdehnende Verwaltung Angehörige aller Gruppen der Versammlung vertreten seien, vor allem die Sozialdemokraten, damit diese in die Lage kämen, sich selbst von dem tatsächlichen Zustande in dieser Verwaltung zu überzeugen. Es sei nicht erfindlich, weshalb der Magistrat bei dieser Gelegenheit der Schwesterbehörde solchen Mangel an Entgegenkommen zeige.

Stadtv. Dr. Weyl (Soc.): Wir sind aus denselben Gründen mit der Vorlage nicht einverstanden und lehnen sie ab, beantragen aber eventuelle Ausschussberatung. Bei Beginn des Geschäftsjahres war man darin einig, daß allen Teilen der Versammlung Gelegenheit zur Mitarbeit in den Deputationen und Kuratorien geboten werden sollte. Bloß dieses Kuratorium sieht noch aus; Stadtv. Marggraf hat selbst die Ueberlastung desselben in seiner jetzigen Zusammenfassung anerkannt. Nur bei einer Vermehrung um zwei Stadtvordere können wir ein Mitglied entsenden. Geeignete Bürgerdeputierte haben wir nicht, man macht uns also die Mitarbeit unmöglich. Ich verweise nicht diesen Mangel an Entgegenkommen der unsre Mitarbeit so niedrig einschätzt und einfach unterdrückt, während wir doch in unmittelbarer Beziehung zu den Pfleglingen stehen. Die Gründe des Magistrats sind gar keine Gründe.

Nach weiterer Debatte, in welcher Stadtv. Marggraf sich für einen Ausschuss erklärt und den Vorwurf zurückweist, daß der Magistrat gegen die Mitgliederliste von Stadtvordere eine prinzipielle Abneigung hätte, bemerkt

Oberbürgermeister Krichner: Wenn der Magistrat zu der Auffassung kommt, daß ein Beschluß der Versammlung in anderer Weise ausgeführt werden sollte, dann liegt doch kein Mangel an Entgegenkommen darin, wenn er pflichtgemäß diese seine Anschauung vertritt. Der Magistrat hat doch nicht einfach die Beschlüsse der Versammlung anzunehmen.

Stadtv. Singer (Soc.): Das Recht des Magistrats, einen Beschluß von uns abzulehnen, ist unbestritten, aber anders steht die Frage, ob er gut thut, sich zum Entschluß darüber zu machen, welches Maß von Arbeitskraft die Stadtvordere ihren amtlichen Pflichten opfern wollen. Das hat er gethan. Nicht aus objektiven Gründen hat er die Notwendigkeit nachgewiesen, Bürgerdeputierte zu nehmen, sondern er erklärt uns, wir hätten nicht die Zeit dazu. Die Entscheidung darüber können wir doch selbst beantragen; diese völkische Forderung entspricht zwar dem guten Herzen des Magistrats, ist aber nicht recht vereinbar mit der Auffassung einer gleichgestellten Kommunalbehörde.

Oberbürgermeister Krichner: Unsere Gründe sind rein objektive. Wollten Sie jetzt Stadtvordere, wir haben nichts dagegen und werden uns in dem Ausschusse verständigen.

Die Angelegenheit geht an einen Ausschuss. Schluß 9 1/2 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Baulempner. Bis Donnerstag früh hatten 54 Firmen mit etwa 400 Arbeitern die Forderungen unterschrittlich anerkannt. Weitere 12-15 Firmen mit ca. 200 Arbeitern sind bereit, alles zu bewilligen, aber nicht zu unterschreiben. Am Mittwochabend fand im „Deutschen Hof“ eine Besprechung statt, an der die Lohnkommission der Arbeiter und die Streikkommission der Arbeitgeber teilnahmen, außerdem der Geschäftsführer des Unternehmerverbandes Herr Wasse und Cohen von Metallarbeiter-Verband. Bevor in die Verhandlungen eingetreten wurde, verlangten die Vertreter der Arbeiter, daß, um das Prinzip der Gleichberechtigung zu wahren, neben dem Obermeister der Zunng ein Vertreter der Arbeiter zur Leitung der Verhandlungen bestellt werde.

Dem wurde nach einigen von Arbeitgebern gemachten Einwendungen stattgegeben. Nun wurde in die Verhandlung selbst eingetreten. Der erste Punkt der Forderung, wonach die Arbeit nur im Zeitlohn vergütet werden soll, zeitliche eine mehrstündige Debatte, und war eine Einigung nicht möglich. Schließlich wurde ein Vorschlag Cohens angenommen. Danach soll zunächst bis zum 1. April 1903 ein Provisorium geschaffen werden, in dieser Zeit eine zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehende Tarifkommission zusammenzutreten, die einen vom 1. April 1903 an geltenden Tarif auszuarbeiten soll. Dieser Vorschlag wurde angenommen und galt es nun noch, die einzelnen Punkte des Provisatoriums festzulegen.

Wieder war es Punkt 1, der Schwierigkeiten machte, und haben schließlich die Vertreter der Arbeiter, um überhaupt vorwärts zu kommen, folgenden weit entgegenkommenden Vorschlag gemacht. Punkt 1 der Forderungen lautete ursprünglich: Die Arbeit wird nur im Zeitlohn vergütet. Bis zum 1. April 1903 soll es heißen: Die Arbeit wird möglichst in Zeitlohn vergütet. Die Arbeitgeber haben diese Forderung angenommen. Punkt 2 und 3 (Reinigungsarbeiten und Sonntagsarbeiten) 1 Stunde, am Tage vor den hohen Feiertagen zwei Stunden früher Feiertag) wurde schnell erledigt. Nun kam Punkt 4: Minimum 1,10 M. Hier gab es wieder eine sehr ausgedehnte Debatte. Die Arbeitgeber wollten eine Lohn-erhöhung zugestehen, aber sich nicht auf einen Mindestverdienst festlegen lassen. Die Arbeitgeber machten den Vorschlag, an Stelle Mindestlohn von 55 Pf. zu setzen „Normallohn“ oder „Durchschnittslohn“. Darauf ließen sich die Arbeiter nicht ein. Eine Verständigung war nach ausgedehntester Debatte nicht möglich und ist dann schließlich an diesem Punkt die ganze angehabte Verhandlung gescheitert. Den größten Teil der Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen wird der nicht sehr geschickten Leitung des Herrn Berger zugewiesen. Um 1/2 Uhr nachts war die Sitzung beendet.

Nun sollte ja heute die Generalaussperrung kommen, und was ist geschehen? Bis jetzt hat gerade eine Werkstoff (Dieterich) mit 23 Mann die Aussperrung gemeldet. Die Arbeiter waren also durchaus im Recht, wenn sie sich durch den Schreckschuß nicht verblüffen oder einschüchtern ließen.

Kommt aber hinterher doch noch eine größere Ausperrung, so sind die Arbeiter vorbereitet und warten der Dinge, die da kommen sollen.

Der Streik in der Motorwagen-Fabrik vorm. Gottschalk in Tempelhof ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Firma wünschte gestern mit den Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes in Unterhandlung zu treten. Nach längeren Verhandlungen wurde vereinbart: Ein Teil der Streikenden nimmt die Arbeit am Freitagmorgen wieder auf, der andre Teil wird im Laufe der nächsten Wochen eingestellt. Ueberstunden kann die Fabrik noch im Monat September machen lassen, und zwar täglich eine Stunde über die zehnstündige Arbeitszeit. Sobald später über 50 Prozent der Arbeiter nach Feiertag beschäftigt werden sollen, müssen darüber Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung und dem Arbeiterauschuss getroffen werden. Bei Ausbruch neuer Differenzen darf die Arbeit nur dann niedergelegt werden, wenn etwaige Verhandlungen zwischen dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes und der Geschäftsleitung resultatlos verlaufen sind.

Handelangeestellte und Hilfsarbeiter. Der Streik bei der Firma John Craven-Barleig, Leipzigerstraße 84, an dem sowohl Handelangeestellte wie Handels-Hilfsarbeiter beteiligt sind, dauert unverändert fort. Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden. Zugun ist fernzuhalten.

Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands.

Achtung, Schuhmacher! Wir machen unsere Mitglieder noch an dieser Stelle auf die am Sonnabend, den 6. d. M., stattfindende Urabstimmung über die obligatorische Einführung des Lohalfondsbeitrages aufmerksam. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an dieser Abstimmung zu beteiligen, damit der Wille der Gesamtheit zum Ausdruck gelangt. Das Nähere ist durch Flugblätter und durch Infertat in heutiger Nummer bekannt gegeben.

Berein Deutscher Schuhmacher.

Töpfer. 14 Töpfer- und Einmachere der Ofenfabrik von Jänike in Rathenow haben die Arbeit niedergelegt, weil der Unternehmer sich weigerte, irgendwelche Zugeständnisse bezüglich des von den Arbeitern geforderten Veltener Tarifs zu machen.

Centralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin. Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat August 1902:

| Ungeleitete Arbeiter | Maler | Schlofer | Kempner | Tapezierer | Weber | Zinsverleiher | Insgesamt |
|--|-------|----------|---------|------------|-------|---------------|-----------|
| Eingeführte, arbeitsfähig | 1147 | 1022 | 261 | 112 | 269 | 233 | 3640 |
| Von Arbeitgebern verteilte Arbeitskräfte | 1681 | 1549 | 185 | 92 | 298 | 255 | 4040 |
| In Arbeit gebrachte Personen | 1492 | 1128 | 163 | 75 | 232 | 195 | 3294 |

Deutsches Reich.

Verschmelzung der Textilarbeiter-Organisationen. Am 31. August hat sich die in Baden abgehaltene Generalversammlung des Niederdeutschen Weberverbandes mit der Versammlung befaßt. Nach lebhaften Debatten, an denen sich unter anderem Kater als Vertreter der Vertrauensmänner-Centralisation und Legin als Vertreter der Generalunion beteiligten, wurde ein Antrag auf Verschmelzung zur Abstimmung gebracht. Es wurden 29 Stimmen dafür und 25 dagegen abgegeben. Da aber noch dem Statut zur Auflösung des Verbandes eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist, so wurde beantragt, daß bei der Verschmelzung die einfache Mehrheit entscheiden soll. Dieser Antrag wurde nach heftiger Debatte angenommen. Der „Textil-Arbeiter“, dem wir die vorstehenden Angaben entnehmen, sagt am Schluß seines Berichtes: „Da kein Antrag auf Urabstimmung gestellt war, so hat die Generalversammlung endgültig entschieden.“

Wolffs Telegraphenbureau berichtet, daß neuerdings der in Aachen ansässige Hauptvorstand des Weberverbandes, wie auch dessen dortige Filiale gegen den Beschluß der Generalversammlung Einspruch erhoben haben.

Achtung, Lederarbeiter! Die Sperre über Königsee ist hiermit aufgehoben. Der Centralvorstand.

Die Gewerbegerichts-Wahl in Gloggen endete mit einem glänzenden Siege der vom Gewerkschaftsrat aufgestellten Arbeitnehmerkandidaten. Auf diese entfielen 842 Stimmen, während die Kandidaten der Hirsch-Dumerschen nur etwa 60 Stimmen erhielten.

Ausland.

Bei dem Choristenstreik in Amsterdam ist es bereits zu mehreren Konflikten mit der Polizei gekommen, die empörend rüchlos gegen die Streikenden vorgeht. Als am Sonntag eine Choristin in die Nähe eines von sechs Schugleuten und einem Polizei-Inspektor eskortierten Streikbrecherzuges kam, um sich die Leute anzusehen, wurde sie plötzlich von Polizisten gepackt, auf die Straße gestoßen und mit Schlägen und Sädeln geschlagen. — Gegen das gleichzeitige Vorgehen der Polizei gegen die Streikposten werden vom Amsterdamer Gewerkschaftsrat Protest-Demonstrationen veranstaltet.

Bei der Eröffnungsfeier der „Niederländischen Oper“ kam es zu einer äußerst lebhaften Demonstration gegen die Streikbrecher. Als der Chor auf die Bühne trat, wurde von den obersten Rängen aus so stark und anhaltend applaudiert, daß vom Gesang nichts zu hören war. Die Leute auf den ersten Rängen protestierten dagegen; es entstand ein solcher Lärm, daß der Vorhang herabgelassen werden mußte. Nun veranfaßte die Polizei, die auf der Galerie sehr stark vertreten war, eine förmliche Jagd auf die vermeintlichen Schuldigen; wer nicht freiwillig mitging, dem wurden Handfesseln angelegt. „Das Theater“, schreibt „Der Volk“, „war in ein russisches Gefängnis verwandelt. Van der Linden, der Direktor, stand in der Mitte, um anzuzeigen, wer verhaftet werden sollte, und die Polizisten folgten ihm geborsamt.“ — Auf der Straße war formell der Belagerungszustand erklärt. Wer nicht sofort der Aufforderung zum Weitergehen Folge leistete, wurde verhaftet oder weggestoßen. — Nach Schluß der Vorstellung war alles wieder ruhig.

Die Tischler und Zimmerer von Mailand, die seit einem Monat in der Lohnbewegung standen, haben ihre Forderungen durchgedrückt. Anstatt 11 Stunden, arbeiten sie in Zukunft nur noch 10 Stunden. Für Ueberstunden ist eine Lohnerhöhung von 35 Proz. bewilligt; die Tagelöhne sind auf 2,00 Fr. erhöht.

In Como streiken 5000 Weber weil die Unternehmer alle ihre Forderungen rumbweg ablehnten.

Die Kellner und Köche von Como sind abermals in den Aufstand eingetreten, weil die Unternehmer die Unterschrift unter die Aufträge, die sie im übrigen anerkannt hatten, verweigerten. Die meisten Hotels sind geschlossen.

Der Streik der Hasenarbeiter von Cette (Frankreich) ist nach einmonatiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Arbeitszeit bleibt auf acht Stunden beschränkt. Wartezeit während der Nacht wird nach der ersten Stunde mit 1,50 Fr. entschädigt. Die Arbeiter bezug. Vorarbeiter, die bisher von den Arbeitern bezahlt werden mußten, werden in Zukunft von den Arbeitgebern entlohnt.

Die Maurer und Handlanger in Bern haben beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten mit folgenden Forderungen: Minimaler Stundenlohn von 55 Centimes für Maurer und 40 Centimes für die Handlanger, Entziehung des Rechts der Polizei zur Einstellung und Entlassung von Arbeitern. Gleichzeitig wurde beschlossen, auf die Regelung des Lehrlingswesens und materielle Unterstützung desselben durch Gemeinde und Staat zur Heranbildung tüchtiger einheimischer Maurer hinzuwirken.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Martinique. Ein Telegramm des Gouverneurs von Guadeloupe giebt Einzelheiten über die Katastrophe auf Martinique am 30. August. Rorne Rouge und ein großer Teil von Jonba Bouillon sind zerstört. Die Grenze der verwüsteten Zone bildet der Fluss Capot bis zum Thal von Chamylere. Ebenso hat der Ausbruch die Höhen von Vasse Pointe getroffen.

München, 4. September. (W. G.) Wir wie erfahren, hat die Untersuchungskommission die Ursache des Einsturzes der Cornelia-Bridge nicht feststellen vermocht. Die ganze Arbeit machte als tabellarisch bezeichnet werden. Die Gerüste waren aus gutem Holz hergestellt und vorchriftsmäßig aufgestellt.

Amsterdam, 4. September. (W. L. W.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Batavia: Holländische Truppen haben zwei befestigte Orte des Stammes der Gajoes im Gouvernement Achin genommen, wobei 83 Gajoes getötet und 58 Gewehre erbeutet wurden. Die Holländer verloren einen Lieutenant und 4 Mann. Ein Lieutenant, 1 Sergeant und 6 Mann wurden verwundet. Der Präsident des Sultanats ist geflohen und wird von einer Kolonne verfolgt.

Bologna, 4. September. (W. G.) Räuber überfielen in der vergangenen Nacht den bekannten Grafen Ferdinando Bonmartini in dessen Palais; sie durchschnitten ihm die Kehle und raubten eine große Summe baren Geldes.

Zur Landtagswahl-Frage.

In einer Parteikonferenz in Breslau hat Genosse Brubns ver- langt, der Rindener Parteitag solle sich von neuem mit der preussischen Landtagswahl-Frage beschäftigen; er vertritt diesen Standpunkt eingehend in der jüngst erschienenen Nummer der „Socialistischen Monatshefte“, und ihm tritt in der gleichen Zeitschrift Genosse Bernstein bei. Kamentlich Brubns wendet sich hierbei gegen die Ausführungen des Genossen Krons in Berliner Versammlungen, die seinen Lesern bekannt sind, und die er in Uebereinstimmung mit den Gegnern als einen „Obstruktionsplan“ bezeichnet. Die freisinnigen Blätter begrüßen diese Artikel natürlich mit Freude — dürfen sie doch hoffen, daß, wenn sie Anklang in der Socialdemokratie finden, die folgenschwere Entscheidung, vor welche die Freisinnigen gestellt werden können (vgl. unseren Leitartikel in Nr. 190), ihnen noch einmal erspart wird. Die „Vorwärts“ kommt denn auch in ihrem, den Ausführungen der Genossen Brubns und Bernstein gewidmeten Leitartikel zu dem Ergebnis:

„Will die Socialdemokratie dazu beitragen, die Macht der Konterrevolutions-Neutralen Reichheit bei den Landtagswahlen nach Möglichkeit zu brechen, so wird sie daher ihren Vorstoß nicht gegen die bürgerliche Linke, sondern gegen die Agrarier, die Verteidiger des Dreiklassen-Wahlsystems, die Ultramontanen richten und die Freisinnigen schlechtlweg unterstützen müssen, nicht um der Freisinnigen willen, sondern um ein ausreichendes Gegengewicht gegen die bisher regierenden Parteien zu schaffen.“

Selbstverständlich unterstreicht die „Vorwärts“ auch die Ausführungen des genannten Genossen, die die Möglichkeit und Ausschließlichkeit der sogenannten „Obstruktionspläne“ darthun sollen. Von einem „Obstruktionsplan“ ist aber niemals die Rede gewesen. Wir müssen die Urwahlen und die Abgeordnetenwahlen getrennt behandeln. Genosse Krons hat nie daran gedacht, die Wahlmännerwahlen umzuwälzen zu können. Sie sollen nur durch starke Beteiligung der dritten Klasse unter Ausnutzung aller gesetzlichen Handhaben so in die Länge gezogen werden, daß sie den Widerwillen auch der reaktionären Wähler erregen, sie zum Teil von der Wahlbeteiligung zurückzuführen. Maßgebend für diese Zeit ist, daß es im Gegensatz zu andern Klassen bei den heutigen Wahlbestimmungen für die Arbeiter völlig gleichgültig ist, ob die Wahlhandlung eine oder sechs Stunden dauert. Miß der Wähler zu einer bestimmten Stunde am Vormittag (oder Nachmittag) im Wahllokal auftreten, so ist für ihn der ganze (oder halbe) Arbeitstag verloren — unabhängig von der Dauer der Wahl. Die Verwerfung des Genossen Brubns, daß man hierbei immer von Urwahlbezirken mit sechs Wahlmännern ausgehen sei, während solche mit dreien die Regel bilden, findet an anderer Stelle des Blattes ihre Erklärung. Kann und soll nun die möglichst lange Ausdehnung der Urwahlen die schlechteste Wahl von Wahlmännern nicht verhindern, so liegen die Verhältnisse bei der Wahl der Abgeordneten anders. Hier wird in der That die Wahl in einer größeren Anzahl von Kreisen unmöglich, wenn auf strenge Durchführung der Vorschriften geachtet wird. Offiziell eingestanden ist die Uebertretung — und zwar die notwendige Uebertretung — ohne „Obstruktion“ der Socialdemokratie — für die letzten Wahlen in Teltow-Weesow. Sehr naiv äußerte sich kürzlich die ultramontane Doctumunder „Tremonia“: „Thatsächlich ist nur das Verfahren bei der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner so unständlich und so unpraktisch geregelt, daß bei dieser Prozedur sich schon jetzt in vielen Wahlkreisen die größten Schwierigkeiten ergeben, ja manchmal über gewisse Formalien, die sich nicht einhalten lassen (z. B. wegen Mangels eines Lokals, das sämtliche Wahlmänner faßt), hinausgegangen werden muß.“

Hier fragt es sich ernstlich, ob Socialdemokraten sich in gleichem Maße als Gesetzeswächter aufzuführen können; und wenn in einigen Wahlkreisen durch Versehen der socialdemokratischen Wahlmänner auf Innehaltung der Vorschriften die Wahl vereitelt wird, so wird man das nicht „Obstruktion“ nennen können. Nun meint Genosse Brubns, derartige Versehen seien durch Abänderung des Reglements seitens des Ministers aus der Welt zu schaffen; das trifft aber nicht zu, hat doch der nationalliberale Abgeordnete Roselle berechnet, daß in einem bestimmten Wahlkreis, wenn nur eine einfache Stichwahl notwendig werden sollte, ohne jede „Obstruktion“ die Wahlhandlung über 30 Stunden dauern müßte. Dazu kommt, daß die Wahl des Protokollführers und der Schriftführer durch die Wahlmänner in der Verordnung vom 30. Mai 1849 festgelegt ist — diese Verordnung kann aber nur durch Gesetz abgeändert werden, nicht durch Ministerialverordnung. Genau das gleiche gilt für die Bestimmung, daß die Wahlmänner Wahlbestimmungen durch den Kommissar zu erklären und zu entscheiden haben. Wie das ordnungsgemäß geschehen kann an Wahlorten, wo kein Lokal vorhanden ist, das alle Wahlmänner faßt, bleibt unerfindlich — dürfen aber Socialdemokraten, ja irgend ein ehrlicher Volksmann derartige Vorschriften verletzen lassen, die doch innerhalb des „erbärmlichsten aller Wahlsysteme“ immerhin eine Wahrung der Rechte der Wahlmänner gegenüber der Willkür des durch die Regierung ernannten Wahlkommissars bedeuten? So steht es mit der sogenannten „Obstruktion“ aus. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Erörterungen nicht den Plan für unsere Beteiligung an den Landtagswahlen bilden. Einen solchen Plan, der sich genau den Rindener Parteitagsschlußfolgerungen anpaßt, hat Genosse Krons wieder abschließend Zustimmung auf der Provinzialkonferenz der Provinz Brandenburg erortert. Zunächst die Urwahlen: Ueberall, wo die Partei sich beteiligt, muß sie eigene Wahlmänner aufstellen; das verlangt nicht nur der Parteistatut, den ja z. B. Genosse Brubns abgeändert wissen will — das ist auch sachlich notwendig, da andernfalls die Socialdemokratie ihren Wählern nicht das Opfer eines ganzen oder halben Arbeitstages zumuten kann. Die Gedanken, die freisinnigen Blätter gegen das gleichzeitige Aufstellen freisinniger und socialdemokratischer Wahlmänner-Kandidaten erheben, haben wir bereits in unserer Nr. 198 erledigt. Was die einzelnen Genossen in solchen Bezirken thun, wo von Parteigenossen nicht in die Wahl eingetreten wird, bleibt natürlich diesen überlassen. Etwas verwirrt liegen die Verhältnisse bei der Stichwahl. Ist der Socialdemokrat ausgeschlossen, so darf für den freisinnigen Kandidaten gestimmt werden, aber nur dann, wenn dieser bei seiner Aufstellung die Erklärung abgegeben hat, daß er gegebenenfalls bei der Abgeordnetenwahl für einen Socialdemokraten stimmen kann und will (weil Leitartikel Nr. 190); ist diese Erklärung nicht abgegeben, so ist der betreffende Kandidat seinem Schicksal zu überlassen; unsere Wahlmänner stimmen zwecks Verlängerung der Wahlhandlung für den socialdemokratischen Kandidaten, obgleich diese Stimmen ungültig sind.

Für die Abgeordnetenwahl sind Bestimmungen nur nötig, wo Freisinnige und Socialdemokraten erst zusammen über die absolute Majorität verfügen. Hier ist in allen Wahlkreisen, die mehr als einen Abgeordneten zu wählen haben, zu verlangen, daß im ersten Wahlgang ein Socialdemokrat gewählt wird, worauf dann im zweiten, und wo drei Abgeordnete zu wählen sind, auch im dritten Wahlgang ein Freisinniger gewählt wird — gleichgültig, ob die Freisinnigen oder die Socialdemokraten mehr Wahlmänner haben. Selbstverständlich muß diese Abmachung mit andern Parteien die Genehmigung des Parteivorstandes finden; dies kann aber ganz allgemein für alle Kreise gleichmäßig gegeben werden. Zu Wahlkreisen mit nur einem Abgeordneten wird eine „Abmachung“ überhaupt nicht nötig — bei der Stichwahl fällt derjenige aus, dessen Wahlmännerzahl die geringere ist. Völlig verkehrt — wenn auch nach dem Wäner Bericht mit Zustimmung des Parteivorstandes zulässig — waren Abmachungen über die Wahlkreisgrenzen hinaus, etwa derart, daß in einem Wahlkreis die socialdemokratischen Wahlmänner die Freisinnigen zu wählen hätten, wogegen in einem andern die freisinnigen Wahlmänner den Socialdemokraten ihre Stimme geben

sollten. Bei einer solchen Abmachung würden wir ohne jeden Zweifel über Ohr gehauen werden, auch wenn die vertragsschließenden freisinnigen Führer dem besten Willen besetzt wären. Die Gründe für den eben kurz entwickelten Plan und Erwägungen, wie die Freisinnigen sich zu ihm stellen können, haben wir in unserem Leitartikel in Nr. 190 gebracht. Es ist selbstverständlich, daß wir unter diesen Umständen mit der Resolution der Brandenburger Provinzialkonferenz — Aufrechterhaltung des Rindener Beschlusses — voll und ganz einverstanden sind; ja wir sind der Meinung, daß eine nochmalige Abänderung des Parteitagsschlusses, selbst wenn er nicht so glücklich formuliert wäre, nur schädigend auf die Bewegung wirken würde.

43. Genossenschaftstag.

Kreuznach, 3. September.

Die erste Hauptversammlung begann heute vormittag unter außerordentlicher Beteiligung im Kaiserloale.

Der Anwalt, Abg. Dr. Crüger (Charlottenburg) erstattete den Rechenschaftsbericht und bemerkte: Das Genossenschaftswesen hat eine wesentliche Verschiebung erfahren. Auf der einen Seite ist man bemüht, die Genossenschaften dem Großbetrieb dienstbar zu machen und auf der andern Seite mit Hilfe der Genossenschaften die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung umzuwälzen. Man nennt uns kleinbürgerliche Genossenschaftler. Ich akzeptiere das. Wir sind bestrebt, dem Mittelstand, dem Handwerker und Arbeiter zu helfen. Wir wollen die Kluft zwischen Arm und Reich überbrücken. Selbst angenommen, der socialdemokratische Zukunftsstaat wäre durchführbar, so läßt sich derselbe doch nicht in den nächsten Jahreszehnten, sondern vielleicht erst nach Hunderten von Jahren einführen. Ich frage, soll der Mittelstand bis dahin nichts zur Besserung seiner wirtschaftlichen Lage thun? Das kommt mir so vor, als wenn ein Arzt, der zu einem Kranken gerufen wird, sagt, wozu soll ich dem Kranken noch helfen, er muß ja doch schließlich einmal sterben. Ich bin entfernt, der socialdemokratischen Reichstagsfraktion einen Vorwurf zu machen, aber es ist doch nicht zu leugnen, daß an der Spitze einer ganzen Anzahl Konsumvereine notorische Socialdemokraten stehen, die das Bestreben haben, mit Hilfe der Konsumvereine die heutige Wirtschaftsordnung umzuwälzen. (Rufe: Sehr richtig und bestiger Widerspruch.) Die Folgen machen sich bereits geltend. Man beginnt in verschiedenen deutschen Staaten den Genossenschaften Schwierigkeiten zu bereiten. Unsere Genossenschaften dürfen den neutralen Boden niemals verlassen, wenn sie den von Schulze-Delitzsch aufgestellten Grundsätzen treu bleiben wollen. Heute, die in die Konsumvereine den Klassenkampf hineintragen, haben in unserem Verbands keinen Raum. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.)

Die politische Parteilassung der Genossenschaftsmittelglieder ist uns vollständig gleichgültig. (Rufe: Sie dürfen aber bloß freisinnige im Verbands.) Dr. Crüger: Reineswegs. Wir können aber nicht mit Leuten weiter in gedehelter Weise zusammenarbeiten, die, wie von den Konsumvereinen Hamburgs geschehen, in ihrem Wochenbericht einen Satz aus dem Buche des Dr. Niebu abdrucken, der da lautet: „Schulze-Delitzsch sucht mit bombastischen Redensarten die Nothwehr der deutschen Genossenschaften zu vertheidigen.“ (Hört! hört!) Ich erkläre dies Buch für eine Schandabschrift ersten Ranges. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.) Wenn das so weiter geht, dann bekommen wir noch mehr parteipolitische Konsumvereine, denn bereits beginnen die christlichen Genossenschaften ihren Mitgliedern die Bildung von Konsumvereinen zu empfehlen. Wir leben in einer Sturm- und Drangperiode. Umso mehr müssen wir einig und geschlossen zusammenstehen und darauf achten, daß wir den von Schulze-Delitzsch uns angewiesenen Weg der Selbsthilfe und Neutralität nicht verlassen. Man hat gesagt: ich solle die Streitart begraben. (Rufe: Sehr richtig!) Aber ich bin in den socialdemokratischen Blättern in einer Weise angegriffen worden, daß ich unmöglich schweigen kann. Die auf dem vorjährigen Genossenschaftstage mit großer Mehrheit angenommene Zeitsäule haben doch den Beweis geliefert, daß der Verband hinter mir steht. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.) Dr. Crüger erwähnte im weiteren, daß die Vaugenossenschaften von der Angst der Verhältnisse nicht berührt worden seien. Diesen sei anzuraten, möglichst vorsichtig zu verfahren, das Wort „gemeinnützig“ nicht in den Vordergrund zu stellen und lieber auf den Stempel und Steuererlaß zu verzichten, als sich dieser paar hundert Mark wegen den Haß der Grundbesitzer zuzuziehen. Dadurch könnten die Vaugenossenschaften mehr Schaden als Nutzen haben. Der Redner schloß: Nur durch Festhaltung an den Grundsätzen von Schulze-Delitzsch werde es den Genossenschaften möglich sein, dem Mittelstande und den Arbeitern zu helfen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Dr. phil. Niebu-Bonn: Ich bedauere, daß Herr Dr. Crüger mein Buch eine Schandabschrift ersten Ranges genannt hat. Ich bemerke: ich bin ein großer Verehrer von Schulze-Delitzsch. (Gelächter.) Ich habe nur sagen wollen: Schulze-Delitzsch nahm erst Anstand, aus dem von ihm Geschaffenen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die Schulze-Delitzsch'schen Grundsätze sind einfach nicht durchführbar, ohne rücksichtslose Ausschaltung der Konkurrenz. Ich stehe auf dem Standpunkt von Schulze-Delitzsch, Herr Dr. Crüger hält aber an den vor 50 Jahren gegoltenen Grundsätzen fest, die längst der Väterlichkeit verfallen sind. (Stürmischer Beifall und bestiger, lang andauernder Lärm. Rufe: Schluß! Schluß! Weiter sprechen!) Wenn man den Konsumvereinen im Königreich Sachsen Schwierigkeiten macht, so ist der Verband daran schuld, der der sächsischen Regierung nicht allemöglich, aber thatsächlich das notwendige Material zu ihrem Vorgehen angeliefert hat. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.)

Abg. v. Elm-Hamburg: Wie kommt es vor, als brauchte der Herr Anwalt hin und wieder ein Attentat, um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken. (Beifall und Widerspruch.) Wir haben auf dem vorjährigen Verbandstage den Zeitsäulen zugestimmt. Wir stehen also auf dem Boden des Verbandes. Wenn Herr Dr. Crüger dies nicht thut, dann mag er aussteigen. (Beifall und Heiterkeit.) Was uns doch Herr Dr. Crüger ein Exemplar auf den Tisch des Hauses niederlegen, das mittels der Konsumvereine die heutige Wirtschaftsordnung umzuwälzen will. Wir wissen ganz genau, daß nur mit den Konsumvereinen die heutige Wirtschaftsordnung nicht umzuwälzen ist; dazu steht dieselbe noch zu fest. Zudem wir an der Ausgestaltung der Konsumvereine mitarbeiten, stellen wir uns auf den Boden der heutigen Wirtschaftsordnung. Die heutige Wirtschaftsordnung wird sich selbst umwälzen, namens meiner Fraktion lege ich Protest dagegen ein, daß wir das Bestreben haben, unser Programm auf dem Boden der Konsumvereine zu verwirklichen. Wir sind allerdings offen genug, zu sagen: Die Konsumvereine müssen zur Verwirklichung der Kleinräumer-Erntezinsen führen. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.) Diese naturgemäße Entwicklung muß sich vollziehen, daran kann nun niemand etwas ändern. (Beifall und Widerspruch.)

Schneidermeister Ch-Götha: Die Ausführungen des Vorredners müssen den Genossenschaftlern ein Ansporn sein, mit allen Mitteln für Erhaltung des Mittelstandes einzutreten.

*) Es kommt sehr auf den Zusammenhang an, in dem die Genossen v. Elm und Pens ihre Äußerungen, falls sie überhaupt richtig wiedergegeben sind, gethan haben. Der Bericht ist uns von einem bürgerlichen Berichterstatter zugegangen und wir sind vorläufig nicht in der Lage nachzuprüfen, wie weit er als Ganzes den Sinn der frohlichen Ausführungen richtig darstellt. Daß die Genossen v. Elm und Pens die Vernichtung des Mittelstandes nicht als Ziel der Konsumvereine-Bewegung hingestellt haben, erscheint uns zweifellos und geht schon aus der Emschen Wendung hervor, daß er ganz genau wisse, mit den Konsumvereinen sei die heutige Wirtschaftsordnung nicht zu beseitigen.

Abg. Pens-Deffau: Nicht wir, sondern Sie sind Ihren Grund- sätzen untreu geworden. (Lauter Oho, Lärm.) Durch Ihre Schreien widerlegen Sie mich nicht. Wir haben den Mut, zu sagen: Das Genossenschaftswesen hat zum Ziel, den gewerblichen Mittelstand zu vernichten. Wenn Sie das bestreiten, fürchten Sie sich vor den Konsequenzen des Genossenschaftswesens. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.) Nicht weil wir Politik in die Konsumvereine tragen, das ist bis jetzt noch keinem Socialdemokraten ein- gefallen, sondern weil wir die notwendigen Konsequenzen ziehen, will man uns aus dem Genossenschaftsverband herausdrängen. (Beifall und Widerspruch.) Bis 1890 haben die Konsumvereine mit einem Paar hundert Mitglieder vegetiert. Erst als, nicht die Socialdemokraten, sondern die große Masse der Industrie-Arbeiter in die Konsumvereine eintraten, kam Leben in dieselben. Erst von dieser Zeit ab datieren die kolossalen Erfolge. Sollen Sie die Arbeiter aus Ihrem Verbands ausschließen. Sie haben ja noch vorläufig die Mehrheit, dann wird das der Entwicklungsfähigkeit der Konsumvereine nicht den geringsten Schaden thun. (Beifall und Widerspruch.)

Rechtsanwalt Springer-Kreuznach: Ich bin kein Socialdemokrat, ich bin aber der Meinung, es ist nicht richtig, die Socialdemokraten durch Schlußverträge zu unterbreiten. Ich bin doch der Meinung, es entspricht mehr der Würde des Genossenschaftstages, unsere Angelegenheiten sine ira et studio zu behandeln und nicht die Socialdemokraten zu bekämpfen, weil sie Socialdemokraten sind.

Arbeitersekretär Kagenstein-Mannheim: Man hat bisher den Socialdemokraten nachgesagt, sie jagten nur Utopien nach. Nach dem sie sich nun auch an den Konsumvereinen beteiligen und sich somit auf den Boden der heutigen Wirtschaftsordnung stellen, will man sie von der Mitarbeit ausschließen. Nicht durch die Konsumvereine, sondern durch die großen Warenhäuser wird der gewerbliche Mittelstand vernichtet. Ist es dann aber nicht besser, der gewerbliche Mittelstand tritt in unsere Reihen, als daß er einen erfolglosen Kampf um seine Existenz führt. Der ganze Kampf beschränkt sich ja lediglich auf die Konsumvereine. Die Creditvereine werden nach wie vor reaktionär bleiben. (Beifall und Lärm.) Mögen Sie uns ausschließen, Sie werden die Entwicklung der Konsumvereine nicht aufhalten. (Lebhafter Beifall und bestiger Widerspruch.)

Frau Helene Steinbach (Hamburg): Die große Entwicklung der Konsumvereine ist doch lediglich den Arbeitern zu verdanken. (Gelächter.) Meine Herren! Ich spreche doch gewiß sehr ernst, ich weiß nicht, weshalb Sie lachen. (Gelächter.) Meine Herren! Ich erinnere an das Sprichwort: Am vielen Lachen erkennt man den — Weifen. (Rufe: Sehr gut, Gelächter.) Seit den letzten vier Jahren, d. h. seitdem die Arbeiter sich an dem Konsumverein in Hamburg beteiligen, ist der Hamburger Konsumverein auf 12.400 Mitglieder gestiegen. Wir haben niemals in den Konsumvereinen Politik getrieben, wir haben nur den Mut, die Konsequenzen aus den Grund- sätzen des Konsumvereins zu ziehen. (Beifall und Widerspruch.) Es wird danach der Schluß der Besprechung beschlossen.

Anwalt Dr. Crüger: Ich will den Vorrednern bemerken, daß die Konsumvereine in der Hauptsache durch die Einführung der beschränkten Haftung einen so großen Aufschwung genommen haben. Ich verneine allerdings nicht, daß viel auch die Beteiligung der Gewerkschaften den Aufschwung veranlaßt hat. Jedenfalls haben die Herren Vorredner heute ausdrücklich hervorgehoben: sie haben das Bestreben, den Mittelstand zu vernichten. Auf diesen Erklärungen haben diese Leute in unserm Verbands keinen Platz. Unser Genossenschaftsverband verfolgt den Zweck, dem Mittelstand zu helfen, eine Scheidung mit Leuten, die das Bestreben haben, den Mittelstand zu vernichten, ist daher je eher desto besser geboten. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.)

Es tritt danach eine längere Mittagspause ein. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung beantragt Anwalt Dr. Crüger 99 nombast gemachte Konsumvereine und Produktivgenossenschaften aus dem Verbands auszuschließen und führt dazu aus:

Meine Herren! Ich bin der Meinung, die Sachlage ist vollständig geklärt. Es handelt sich hier nicht um Persönlichkeiten, sondern um zwei entgegengesetzte wirtschaftliche Richtungen. Wir verfolgen mit unserm Verbands, dem Mittelstand zu helfen, Sie besorgen den Grundfay, daß der Mittelstand vernichtet werden muß. (Rufe: Nicht muß!) Weshalb wollen Sie denn Bestreben? Sie haben es ja heute vormittag klar und deutlich ausgesprochen. (Rufe: Das ist nicht wahr!) Weshalb sind Sie denn in unsern Verband eingetreten? (Rufe: Wir wollten den Verband verbessern.) Wir sind nach dieser Richtung nicht verbesserungsfähig. Sie wählten ja, daß unser Verband den Zweck hat, den Kleinhandel zu schützen. Sie verfolgen die Vernichtung des Kleinhandels. Sie sind aber in unsern Verband eingetreten in der Hoffnung, in demselben mit der Zeit die Mehrheit zu erlangen und alsdann sich unsere Organisation zu unge zu machen. Ich habe den Herren bereits auf dem Verbandstage in Hannover und Baden-Baden zu verstehen gegeben, daß sie in unserm Verbands keinen Platz haben. Ich habe geglaubt, die Herren werden das feinfühligste Taktgefühl haben, selbst auszuscheiden. (Rufe: Fällt uns gar nicht ein, wir wollen ver- gezwungen werden.) Die Herren verstoßen ausdrücklich gegen unsere Satzungen, ich erlaube Sie daher, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall und bestiger Widerspruch.)

Arbeitersekretär Kagenstein-Mannheim: Der Herr Anwalt ist Jurist, die meisten Mitglieder der Antikontakts sind Juristen. Mit diesem Antrag wird aber jeder juristische Grundfay mit Füßen getreten. (Beifall und Lärm.) Selbst dem ärgsten Verbrecher teilt man mit, wessen er beschuldigt ist und giebt ihm Gelegenheit, sich zu verteidigen. Ich erlaube Sie, ehe Sie einen so schwerwiegenden Antrag annehmen, erst den Ausschließenden Gelegenheit zu geben, sich zu verteidigen. (Beifall und Lärm.)

Direktor Werner-Berlin: Die Herren scheinen jetzt kniffen zu wollen. (Beifall und Lärm. Rufe: Unverschämtheit! Zur Ordnung!) Meine Herren! Das ist eine oft angewandte Redensart. (Rufe: Vielleicht bei den Freisinnigen!) Die Herren haben sich sogar nicht entblüdet, hier Vereine zu denunzieren. (Lärm.) Der größte Schuft im ganzen Land ist der Deumziat. (Fürstbaurer Lärm. Rufe: Unverschämter Kerl.) Meine Herren! Das ist ein Clat aus dem „Vorwärts“. (Lärm.) Sie machen es ja auf Ihren Parteilagen noch bedeutend schlimmer. Bei Ihnen heißt es: „Wer nicht Order pariert, fliegt hinaus.“ (Lärm.)

Es wird danach der Antrag gestellt, sämtliche Konsumvereine aus dem Verbands auszuschließen. (Stürmischer Beifall der Socialdemokraten.)

Rechtsanwalt Schmidtberger-München: Wir können nicht prüfen, ob wir formell im Recht sind, sondern wir müssen erwägen, daß wir heute noch die Mehrheit haben, haben wir diese Mehrheit erst verloren, dann ist es um unsern Verband geschehen, dann werden wir ausgeschlossen. Als Vertreter des Münchener Konsumvereins erlaube ich Sie, dem Antrage zugestimmen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Lorenz-Jwidan: Herr Rechtsanwalt Schmidtberger hat es mit bemerkenswerter Offenheit ausgesprochen, nicht will Sie im Recht sind, sondern weil Sie die Mehrheit haben, wollen Sie uns ausschließen. (Beifall und Lärm.) Sie wollen sich nicht mit uns um unsere Grundsätze streiten, sondern Sie schließen und einfach aus, weil Sie die Macht haben. (Beifall und Lärm.) Der Herr Anwalt hat den Ausschluß des sächsischen Konsumvereins-Verbands beantragt, der seit Jahrzehnten zum Verbands gehört und an dessen Spitze mehrere königliche Beamte stehen. Die sächsische Regierung braucht sich jetzt nicht mehr das Material aus dem Bureau des Verbands zu holen, es genügt ihr, daß der Verband wegen seiner angeblichen socialdemokratischen Tendenz ausgeschlossen ist. Laut Satzungen sind Sie nicht berechtigt, uns auszuschließen, aber bei Ihnen geht eben Macht vor Recht. (Beifall und Lärm.) Sie wollen eben die Arbeiter los werden. (Beifall und Lärm.) Unter sich sagen Sie:

Lob hervor, daß in erster Linie die Frauen selbst die Agitation entfalteten müßten; die Partei aber sollte die nötige finanzielle Unterstützung hierzu gewähren. Einmütig wurde dann folgende Resolution angenommen: Da die Organisation der Frauen von großer Bedeutung für die Ausbreitung und Verwirklichung der sozialistischen Ideen ist und von großem Nutzen für die Lösung der gewerkschaftlichen und politischen Fragen, muß von den Parteiverenigen für den ganzen Lande energisch und unermüdet gearbeitet werden, um Interesse und Verständnis für unsere Sache und unsere Auforderungen bei den Frauen zu erwecken, damit die Stärke der Partei bei den kommunalen und staatsbürgerlichen Wahlen beträchtlich vermehrt werden kann. Hierzu wurde dann noch folgender Zusatz angenommen: Sozialistische Frauen und Männer müssen ihren Einfluß unter den jungen Mädchen geltend machen, um bei ihnen Interesse für soziale Ideen zu erwecken und sie in die sozialistische Jugendbewegung einzuführen, die ein wichtiger Faktor der Arbeiterbewegung ist. Auf diese Weise wird das junge Mädchen reif für die Organisation der Frauen.

Vermischtes.

Jugendleistung. Frankfurt a. M., 4. September. Entliche Meldung. Heute mittags 12 Uhr 15 Minuten entgleisten nach der Ausfahrt aus dem Bahnhof Vockenheim aus bisher noch nicht festgestellten Ursachen von dem Schnellzug 45 die drei letzten Wagen.

ein Personentwagen und zwei Packwagen. Verletzt wurde niemand. Die entgleisten Wagen sowie der Oberbau des Bahndammes erlitten zum Teil größere Beschädigungen. Der vordere Teil des Zuges konnte mit geringer Verspätung die Fahrt fortsetzen.

Explosion. In der letzten Nacht entstand in einer Kohlengrube bei Tredegar in Wales eine Explosion. Zur Zeit des Unglücks befanden sich 120 Mann in der Grube, von denen die meisten lebendig heraufkamen, viele jedoch Brandwunden und andre Verletzungen erlitten. Bis jetzt sind 5 Leichen geborgen und 8 weitere unter den Erdmassen entdeckt worden.

Eine spätere Meldung besagt: Die Gesamtzahl der bei der Explosion in der Kohlengrube bei Tredegar ums Leben gekommenen Personen beträgt nach neueren Feststellungen 16.

Amerikanisches Projektum. Dr. Morgan, der in diesen Tagen von seiner europäischen Reise in New York zurück erwartet wird, ist natürlich Gegenstand zahlreicher Pressenarrationen. Ein Abendblatt brachte ein humoristisches Interview, das als durch drahtlose Telegraphie zwischen dem Schiff und New York stattgefunden hingestellt war:

„Ist es richtig, Herr Morgan, fragte der Interviewer, daß Sie so umfangreiche Einkäufe gemacht haben, und daß New York auch etwas von Ihrer europäischen Reise profitieren wird?“

„Nein, antwortete der Magnat, meine Einkäufe können kaum umfangreich genannt werden; meine ganzen Ausgaben betragen nur

wenig über 136 590 264 602 25 Dollars. Ich beabsichtige der Stadt einige kleine Geschenke mitzubringen, das ist richtig; wenn man so lange von zu Hause weg ist, hat man die Empfindung, daß man für die, welche zu Hause bleiben mußten, etwas thun müsse. Ich hatte große Lust, die Westminster Abbey zu besuchen, um sie in unserm Central-Parl. anzusehen, aber der König Edward hat mich, es nicht zu thun; er wünschte die Abtei als ein Andenken an die Krönung zu behalten, und die lebendwüchtige Gastfreundschaft, die der König mir gegenüber bestrahlte, ließ mich denn auch davon Abstand nehmen. Dafür aber habe ich den St. James-Palast gekauft. Zusammen mit dem Luzerner Löwen, dem Mont Blanc und einigen Pyramiden, die ich als Zugabe bekam, wird er viel zur Verschönerung der Stadt beitragen. Ich bin sehr froh, daß ich mich auf dem Wege nach New York befinde und werde mich nicht eher wohl fühlen, als bis ich meinen Gesellschaftsbedarf abgezogen und einige Trümpfen zur Generalliquidation vor mir stehen.“

„Was ich über den Kaiser Wilhelm denke?“ Ich meine, er kann etwas. Ich habe ihm sogar einen Posten in meinem Bureau angeboten, jedoch lehnte er das Angebot ab. Er sagte, er habe seinem Vater versprochen, auf seiner alten Farm zu bleiben, und das wolle er denn auch lieber thun.“

Der kleine Scherz charakterisiert treffend die anmaßende Denkweise der amerikanischen Geldmagnaten.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 5. September.

Cyrenhaus. Die Entführung aus dem Serail. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Die Hochzeitsreise. — Die Heiterkeit. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Krohn). Orpheus in der Unterwelt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sessing. Dame Kobold. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Wohlen. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Welche Leute. Anfang 8 Uhr.

Reichens. Der Fall Mathien. (L'Affaire Mathieu.) Berber. — Ich liebe Sie. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Er und seine Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Drei Paar Schuhe. Anfang 8 Uhr.

Schiller. O. Sappho. Anfang 8 Uhr.

Schiller. N. (Friedrich Wilhelmshändel'sches Theater.) Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.

Gari Weill. Eine Paria. Anfang 8 Uhr.

Luffen. Neue Luft. Anfang 8 Uhr.

Casino. Göttliche Arbeit. Anfang 8 Uhr.

Kleines. Serenissimus; Zwischenspiele. Anfang 8 Uhr.

Wolff. Wolfstein. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Buntes Theater. Susanna im Bade. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Berlin bleibt Berlin. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Vollge. Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Vollge. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Zum Theaterloal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
In Theater um 8 Uhr:

Die deutsche Ostseeküste.

Passage-Theater.
Auf das glänzendste renoviert.
Anfang
nur Unter den Linden 22.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Liane d'Amiroff

Hohle Schule, geritten auf einer Plattform.
Savely Goro, der neue russische Tenor. — **Hella Collier,** beste deutsche Soubrette. — **Ludwig Teilhelm,** der famose Couplet-Sänger.
14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Die sensationellen lebenden Bilder,
dargestellt v. 6 jungen Damen
Kirchmeisters Berliner Original-Schrammeln.

OOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M., Kinder ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Buntes Theater.

(„Ueberbrett!“)
Adenauerstraße 68.
Anfang 8 Uhr.

- Zusanna im Bade. Schauspiel von Hugo Salus.
- Bunter Zeit unter Leitung von Oscar Strauss. Tiny Sanders u. G. Börsen Bratsky, Bekkon Lasso, Marcel Salzer.

Parfait 3 M.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:

Eine Paria.

Vedensbild in 5 Akten (8 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagmittags 3 Uhr: Der Gürtelbesitzer.
Im Vorart: Neue Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr.

Apollo-Theater

Neues Spezialitäten-Programm.
Ellioth Savonnas.
Max Wilson-Troupe — 3 Satours.
The Sennets etc. etc.
Um 9 1/2 Uhr:

Lysistrata

Leonidas Robert Steidl.
Kasseneröffnung 6 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich
Hoffmanns

Norddeutsche Sönger

Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Entree: Tanztränchen.
Anfang Sonntag 3 Uhr, Entree 50 Pf., Doberntags 1 Uhr, Entree 30 Pf.
Serenissimus gütig und Tanz frei.
Montag, 15. September: Benefiz.

Metropol-Theater

Heute:
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-Helmann.
Emil Thomas u. G. Josef Joseph.
Henry Bender. Flora Söling.
Hans Reichberg. Wlad Grabitz.
— Johanna Junker-Schatz.
— Anfang 8 Uhr.
— Rauchen gestattet.

Casino-Theater.

Voltingerstr. 37.
Wochentags 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Programm.

Dazu:
Christliche Arbeit.
W. Noacks Theater.
Friedrichstraße 16.

Abschied und Heimkehr.

Vedensbild mit Gesang in 3 Akten von Edwin Meyer und Rudolf Witz.
Vorher: Die Erbtante.
Schwanz in 1 Akt von Schumann.

Prater-Theater

Kahlanien Allee 7-9.
Täglich:
Durch fremde Schuld.
Vedensbild in 3 Akten von H. Seelen.
Benefiz für das Schauspielpersonal.
Eugen Millard, Langhamwitz. — Giffus Loyal. — Leodiskas Kakadus, fönische Bestimmer. — Tho Erados.
Floury Fleurette, Soubrette. — 3 Stogemanns, römische Seite. — Konzert.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf., nummerierter Sitz 50 Pf. Kalbo.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 23.
Sonntags, den 6. September:
Gr. Eröffnungs-Vorstellung.
Das Theater ist gänzlich neu umgebaut.
9 Uhr. Zum ersten Male: 9 Uhr.
Fromme Wünsche.
Schwanz in 3 Akten von J. Rosen.
Stroh v. Strohhog: Dr. Rich. Winkler.
Kunstspecialitäten ersten Ranges.
Lotto Mendel, beste deutsche Soubrette.
Fritz Brandt, nur Original-Schlager.
Les Promiers, Acrobats-Gonotiers.
Terné-Truppe, Orientalist.
Entree 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.

Sommertheater Marienbad

Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich:
Der Brandstifter.
Dverette in 1 Akt von Rimbert.
Willy Reinhold: Dr. R. Wagner.
Erstklassige Spezialitäten.
Entree 20 Pf.
Bönd und Borzugskarten haben Gültigkeit.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wolmer-Theater)
Freitagabend 8 Uhr:
Sappho.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Horitur.
Sonntagmorgens 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonntagsabend 8 Uhr:
— Die Hottentaber. —

Fleisch teuer, aber Seefische billig!

Schellfische in allen 20-25 Pf. pro Pfd.
grosse ohne Kopf und im Anschnitt 30-35 Pf. . . .
Cabliau (zum Kochen und Braten sehr empfehlenswert) ohne Kopf u. im Anschnitt 25-30 Pf. . . .
Bratflunder 20-25 pro Pfd. (3 Pfd. 65 Pf.)
Seehecht pro Pfd. 35-40 Pf.
Knurrhahn 25 Pf. pro Pfd.
Seelachs 25 Pf., im Anschnitt 30 Pf. pro Pfd.
Rotzungen 40-45 Pf. pro Pfd.

Alle andren Sorten ebenfalls billig.

Deutsche Dampfscherei-Gesellschaft „Nordsee.“
Hauptfiliale Berlin C. 23, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
II. Filiale: Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.
III. Prinzenstrasse 30. 5002b
IV. Nudastr. 22, im Schlesiischen Bahnhof.

Johs. Skorczyk, Generalvortreter.

Wintergarten.

Raud Grisolda, Hunde-Dresser.
Les Silvas, Leiter - Equilibristen.
Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin.
Die Vicentinas, Rollschuhläufer.
Rofix, athletische Produktionen.
Karl Meister, Tenorist vom k. k. priv. Carl-Theater in Wien.
Helena Gerard, „Hohe Schule“.
Sari Fedak, Sängerin vom Ungar. Theater in Budapest.
Die Kellner-Truppe, ital. Akrobaten.
Claudine Polaire, Pariser Sängerin.
W. C. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode

Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris.
„Biograph“.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Der neue Künstler-Spielplan.
Reut! Benedetti und Starr. Reut! Tesch u. Tesch, Mildow u. Feldow.
Dazu Otto Waldemar mit neuen selbstverfertigten Schlegeln! Um 8 1/2 Uhr: Das humorvolle große Gefangs-Gelächter.
Unser Goldjunge.
Zum Sonnt. Täglich Ball.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.
Dienstag, den 9. September: Grog-Benefiz. — Montag, den 15. d. M.: Schluss der Sommerpielzeit. Bis dahin finden keine Privatvorstellungen mehr statt.

Steidl-Theater

Unten 132 an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr: die unvergleichlichen **Fritz**
Steidl-Sänger
Entree 50 Pf. Sperrplatz 1 M., Korsettauf von 11-1 Uhr an der Kasse.
Sonntags abends 8 Uhr: Langenschen

Gesangverein Zukunft.

(Dirigent: O. Suchsdorf)
Abt. jeden Mittwochabend bei Sattlerkorn, Nieder-Schönhausen, Lindenstr. 1. [6520
Sangeslustige Genossen willkommen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelmshändel'sches Theater)
Freitagabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.
Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonntagmorgens 3 Uhr:
Helmut.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Horitur.

Unsere Kollegen
Karl Brose
zu seinem 35. Wegebefest ein dreifaches Dank, daß das ganze Krankenhaushandwerk und er auf seinem Wege nach Nürnberg hinzugeht.
Die Kollegen 5001b vom Krankenhaus Turnstraße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmittarbeiter **Robert Eichner** gestorben ist. 120/7
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, den 6. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Mariendorfer Kirchhof.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Silberarbeiter **C. Lindow** gestorben ist. Wie werden sein Andenken in Ehren halten.

Danksagung.

5003b
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Krampfspenden bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes, des Bauers **Robert Wendt** sagen wir allen Verwandten u. Freunden sowie dem Gefangenen „Sangesflur“ unsern tief empfundenen Dank.
Wwo. Bortha Wendt nebst Sohn.

Die beste Cigarre.

25 Stück in einem 1 M., wegen Umzug, **Binnhölse**, Schillingstraße 36.

Täglich Eingang der letzten Neuheiten!

Unvergesslich günstige Gelegenheitskäufe!
Kommandantenstr. 20
Weiche Herren-Hüte von 1,85 bis 4,80 M.
Steife Herren-Hüte von 1,87 bis 4,50 M.
Echte Haar-Hüte 4,75 M.
Cylinder-Hüte von 3,97 bis 8 M.
Jagd-Hüte 1,98 M. (4915b*)
Kommandantenstraße 20.

Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut-, Zahn- und Frauenheilkunde. Seydelstr. 9.
1/12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.
1920b* Alexandrinenstr. 90.

VORSICHT MÜTTER!

Zum Schrecken der Eltern erkrankten sehr viele Kinder nach dem Genuss von Milch in der Zeit, wo die Mütter mit Gras oder Heu gefüttert werden, weil die Kuhmilch infolge dieser Futtermittel bei den Kindern die heftigsten Darmerkrankheiten hervorruft.
Gewissenhafte Eltern bestellen deshalb während der heißen Jahreszeit die bewährte Trockenfutter-Milch bei der **Wittichur-Kolff Schweizerhof**.

1 Liter Kindermilch 35-50 Pf.

Für Säuglinge, die diesen Gefahren besonders ausgesetzt sind, wähle man die bewährte Prof. Wärmers Kindermilch, welche wir in mehreren, dem Alter des Kindes angepassten Mischungen, trinkfertig und sterilisiert liefern. Wärmers Kindermilch ist der natürliche Ersatz der Frauenmilch und weilt die glänzendsten Ernährungsergebnisse auf, die je bei der Säuglingsernährung erzielt werden sind.
Vollmilch in plombierten Flaschen 1 Liter 20 Pf. frei Küche.

Milchkuranstalt
Schweizerhof
NW., Emdenerstr. 40/41. — Tel. II, 2517.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die erste Sitzung nach den Sommerferien war nicht sehr stark besucht. Sie wurde vom Vorsitzenden eröffnet mit einer kurzen Begrüßungsansprache an die Versammlung und einem warmen Nachruf auf unsere verstorbenen Genossen Stadtverordneten Meyner.

Die Tagesordnung enthielt für die öffentliche Verhandlung ein halbes Hundert Nummern, vorweggenommen wurden aber die beiden von der sozialdemokratischen bezw. von den freisinnigen Fraktionen eingebrachten dringlichen Anträge betreffend die Fleischsteuerung. Die Anträge stimmen inhaltlich überein, unterscheiden sich aber hinsichtlich der Scharfe des Ausdrucks. Den freisinnigen Antrag begründete Herr Cassel. Seine Ausführungen waren treffend, doch von einer Art „Eckigkeit“, die in diesem Falle als zu weitgehend bezeichnet werden muß. Wir haben Herrn Cassel in der Stadtverordneten-Versammlung bei anderen Gelegenheiten schon temperamentvoller sprechen hören. Einen schärferen Ton schlug unser Genosse F. van Luch an. Während Cassel die politische Seite der Fleischsteuerung möglichst wenig zu berühren sich bemüht hatte, wies F. van Luch nachdrücklich darauf hin, daß die Frage eine hervorragend politische ist. Der sozialdemokratische Redner erinnerte im letzten Teil seiner Ausführungen an die kommenden Reichstagswahlen und richtete an die Liberalen die Mahnung, hier mit dazu beizutragen, daß mit den Lebensmittelpreiserhöhungen, den Agrariern, aufgeräumt werde. Als Genosse Pfommler seine eindrucksvolle Rede mit der Aufforderung an den Magistrat, sich dem Vorgehen der Stadtverordneten anzuschließen, beendet hatte, blickte alles nach dem Oberbürgermeister und wartete, was der zu sagen haben würde, aber Herr Richter — schweig. Die Debatte war damit geschlossen. Bei der Abstimmung verwarf der Vorsitzende den sozialdemokratischen Antrag kurzerhand zu beseitigen, weil er sich mit dem freisinnigen deckt und daher überflüssig sei. In einer langen Geschäftsordnungs-Debatte traten F. van Luch und Singer diesem Versuch entgegen und forderten Abstimmung über beide Anträge, während die Mehrzahl der freisinnigen Redner dem Plan, den sozialdemokratischen Antrag unter den Tisch fallen zu lassen, ihre Zustimmung gab. Es wurde schließlich über beide Anträge abgestimmt, aber zuerst über den freisinnigen. Dieser wurde einstimmig angenommen, dagegen fand der sozialdemokratische Antrag bei der „Fraktion Mommsen“ und einem Teil der „Alten Linken“ keine Unterstützung.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde fast alles debattelos erledigt. Erst bei der Vorlage über die Anstellung eines zweiten Assistenzarztes für die Siechenanstalten gab es wieder eine Debatte. Unser Genosse Gottfried Schulz brachte hier die Wünsche zur Sprache, die hinsichtlich der Regelung des ärztlichen Dienstes in den Siechenanstalten bestehen.

Zuletzt führte noch der Vorschlag des Magistrats, das Heimstätten-Kuratorium um zwei Bürgerdeputierte zu vergrößern, zu einem lebhaften Redegewand. Von freisinniger Seite rügte Stadtv. Rosenow, von sozialdemokratischer unter Genosse Stadtv. Behl, daß der Stadtverordneten-Versammlung von Anfang dieses Jahres, der die Wahl von noch zwei Stadtverordneten in das Heimstätten-Kuratorium forderte, vom Magistrat unbedacht gelassen worden sei. Als Herr Richter in die Debatte eingriff und sich damit verteidigte, daß der Magistrat doch ebenfalls in der Lage sei, eine Meinung zu haben, wies ihn Singer darauf hin, daß der Magistrat sich nicht in der „väterlichen Art“, wie er es in der vorliegenden Frage gethan habe, als „Censor“ der Stadtverordneten aufspielen dürfe. Herr Richter begriff und lenkte ein. Er will in einem Austausch mit sich reden lassen.

Eisierungen und kein Ende.

Daß den Arbeitswilligen behördlicherseits der denkbar größte Schutz gewährt wird, ist bekannt genug, um noch besonders erwähnt zu werden. In welcher Art und Weise aber in letzter Zeit die Polizei gegen die Streikenden vorgeht, dafür haben wir Beispiele, wie sie sich mit den Holzarbeitern in der Warschauerstraße und vor dem Arbeitsnachweis der „Hützeren“ Rühnenmänner in der Alexanderstraße abgepielt haben. Diese aufsehenerregenden Vorkommnisse werden aber durch folgenden Vorfall bei weitem übertroufen.

Bei der Firma Schwarz in der Linienstraße stehen seit einigen Wochen die dort beschäftigten Arbeiter — Klempner, Dricker, Schleifer, Schmittarbeiter etc. — im Streik. Die Streikenden haben ihr Verbleibsortslokal gegenüber der Firma. Am Donnerstag früh 8 Uhr erschienen plötzlich zwei Schutzeinheiten im Lokal und kurz darauf ungefähr noch 12 uniformierte Säugelente, ein Kriminalbeamter, ein Wachmeister und der Lieutenant des zuständigen Polizeiviertels. Die erste Frage war nach dem Klempner D., und als derselbe sich weigerte und der Kriminalbeamte der Privatwohnung des Restaurateurs nach — ja, nach was? — Umschau gehalten hatte, ging es im Zuge, sechs Streikende an ca. 15 Polizisten, nach der Revierwache. Dort wurden sie zwei Arbeitswilligen gegenübergestellt, dann dem Klempner D. sämtliche Gegenstände, die er bei sich hatte, abgenommen und er in die Arrestzelle gebracht. Die anderen fünf Streikenden belamen nach Aufnahme ihrer Rationale vom Polizeilieutenant die Belehrung, daß sie sich nicht mehr auf der Straße bewegen dürften, denn der Streik sei beendet und was sie machen sei ihr Sache. Am Abend vorher erschienen zwei Arbeitswillige in Begleitung von zwei Säugelenten in dem Verbleibsortslokal der Streikenden und provozierten dieselben. Einer dieser sauberen Herren versuchte es, hinter den Schankisch zu gehen, wurde aber von der Wirtin daran verhindert. Darauf trat ein Schutzmännchen der Wirtin hindernd entgegen, und gab derselben einen Stoß, daß die Frau über einen Stuhl fiel. Mit ihrer Beschwerde ist die Frau auf der Polizei abgewiesen worden und will nunmehr den Klageweg beschreiten.

Ein Beauftragter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der am Orte den Sachverhalt beobachten wollte, wurde von dem patronisierenden Schutzmännchen angewiesen, weiter zu gehen, trotzdem er ca. 100 Schritt von der Fabrik entfernt und völlig allein und un-aussäglich an der Straßenecke stand.

Ob die Behörden glauben, daß sie schon so weit sind, Streiks für beendet zu erklären, oder ob sie meinen, die Arbeiter lassen sich durch solche Behandlung in ihrem Vorgehen beeinflussen, wissen wir nicht. Eins aber wissen wir, trotz Drangsalierung und Chikanierung von Unternehmern und Behörden werden sich die Arbeiter in ihrem berechtigten Streben nach Verbesserung ihrer Klassenlage nicht irre machen lassen.

Der gewerdmäßige Stellennachweis

Ist in Berlin längst als schlimmer Schaden bekannt und wird demnach immer raffinierter ausgebildet. Eine besonders bedenkliche Art, die erst seit wenigen Jahren im Schwange ist, verdient von neuem an einem krassen Beispiel gekennzeichnet zu werden. In der Weinmeisterstraße befindet sich ein Institut für Wohnungs-einigung, ein Unternehmen, das weibliches Arbeitspersonal an „Herrschaften“ kostenlos vermittelt. Laut Offerte ist als Tageslohn bei zwölfstündiger Arbeitszeit zu zahlen an Hofschrauen 2,25 M., an Reismachefrauen 1,75 M. und an Ausbühlmädchen 1,25 M. Wie schon bemerkt, geschieht die Vermittlung gebührenlos — für Herrschaften. Dagegen haben die arbeitsjüngenden Frauen und Mädchen eine unverhältnismäßig hohe Vermittlungsgebühr zu entrichten. Jede Frau muß für jeden nachgewiesenen Arbeitstag im voraus bare 50 Pfennig an den Herrn Direktor zahlen; macht für die Woche mindestens 3 M. oder monatlich 13 bis

14 M. Mit anderen Worten heißt das: Für die Vermittlung der Arbeit hat eine Frau ungefähr den vierten Teil ihres Arbeitsverdienstes zur Unterhaltung des Instituts herzugeben. Und dabei rühmt der Inhaber des Instituts in einem Circular noch seine schöne Einrichtung, wonach dem Personal fast der ganze Verdienst direkt zukommen soll, so daß es „mit Lust arbeitet“. Man bedenke, eine Frau, die sich den ganzen Tag über am Waschtrog abmüht, kann von den versprochenen 2,25 M. nur 1,75 M. nach Hause bringen, eine Reismachefrau von 1,75 M. nur 1,25 M. und einem Ausbühlmädchen bleiben bei 85 Pf. Vermittlungsgebühr von den zugesicherten 1,25 M. nur 90 Pf. übrig. Unter solchen Umständen wird es mit der „Lust“ zur Arbeit wohl nicht besonders weit her sein.

Doch dies ist noch nicht alles in diesem idealen Verhältnis; die Frauen haben sich auch noch besonderen Bedingungen zu unterwerfen. Bei der Annahme einer Arbeitsjüngenden hält ihr der „Direktor“ nämlich einen Zettel vor, reißt ein großes Stück davon ab und behält es selbst; das kleinere Stück bekommt dann die Frau, und die kann folgende Zeilen darauf lesen:

Ich erkläre mich mit vorstehenden Bedingungen einverstanden und verpflichte mich, niemals der Kundtschaft des Instituts meine Adresse anzugeben oder eigenmächtig zu der Herrschaft zu gehen, indem ich mich sonst des Betruges schuldig bekennende ohne jeden Einwand.

Unterschrift . . . R. . .
Rechnliche Vorschriften macht der Herr „Direktor“ auch den „Herrschaften“. Auf dem für diese bestimmten Zettel heißt es:

Zur gef. Beachtung!
Sämtliche Arbeiterinnen sind Angestellte des Instituts und können von den Herrschaften nicht engagiert werden, indem das Institut kein Stellenvermittlungsbureau darstellt. Sollte trotzdem von der Herrschaft eine Institutsarbeiterin unter Umgehung des Instituts weiter beschäftigt werden, so ist daselbe berechtigt, von der betreffenden Herrschaft den entstandenen Geschäftsverlust (3 bis 10 M.) einzuziehen.

Weiter heißt es auf demselben Zettel in hervorragendem Druck: Die Ueberweisung von Personal erfolgt gebührenlos, jedoch nur auf die Dauer des Auftrages. Es ist nicht gestattet, dieses Personal eigenmächtig zu andern Tagen unter Umgehung des Instituts wieder zu bestellen, letzteres würde als Betrug gelten und gerichtlich verfolgt werden.

Die Direktion.
Der Herr „Direktor“ scheint aus einer Gegend zu stammen, wo sich ein jeder seine eigenen Geleise macht, sonst könnte er nicht auf so idumme Mittel verfallen, um sich einerseits die Kundtschaft der „Herrschaften“ und andererseits die Vermittlungsgebühr der armen Frauen und Mädchen zu sichern. Besonders die Arbeiterinnen scheint er einfach als seine Leibeigenen zu betrachten, obwohl er nicht die geringsten Verpflichtungen gegen sie übernimmt. Er vermittelt ihnen gegen gleich bare Bezahlung von 50 resp. 35 Pfennig Arbeit für einen Tag, ganz selten für längere Zeit. Ist der Arbeitstag zu Ende, so ist auch das Verhältnis zwischen Vermittler und Arbeitsjüngenden beendet. Am nächsten Tage spielt sich daselbe ab: Nachfrage, ob Arbeit vorhanden; wenn ja, dann Zahlung der Vermittlungsgebühr und Eintritt der Arbeit bei der betreffenden Herrschaft. Kann der Vermittler keine Arbeit nachweisen, so geht die Frau wieder fort und sucht sich selbst Beschäftigung, denn der Herr „Direktor“ kann sie in seiner beschränkten Hauslichkeit nicht gebrauchen. Und trotzdem nennt er die Arbeitsjüngende stolz „Angestellte des Instituts“ und verlangt, daß sie niemals selbstständig bei einer Herrschaft in Arbeit treten, die ihm vielleicht vor Wochen oder Monaten einmal Auftrag gab, eine Arbeiterin für einen Tag zu besorgen! Ob der Mann nun wirklich so thöricht ist, zu glauben, daß sich irgend jemand nach seinen Geleisen richtet?

Nachgang der Schlachtungen in Berlin. Der Viehmangel ist keineswegs mit einem Male überaus hervorgetreten, sondern ist, wie die „Allgemeine Preiser-Zeitung“ nachweist, seit längerer Zeit vorhanden; er hat sich allmählich, wie von sachkundiger Seite vorausgesehen wurde, zu der jetzigen Rot ausgebreitet. Einige Zahlen mögen dies beweisen. Die Schweinefleischschlachtungen in Berlin bezifferten sich im Monat August des Jahres 1900 auf 67.709, des Jahres 1901 auf 63.738 Stück, während sie im August dieses Jahres nur 56.581 Stück betragen, also 7152 Stück weniger als im Jahre 1901, und 11.178 Stück weniger als im Jahre 1900. An Rindern wurden im August 1901 in Berlin 15.882, im August dieses Jahres 12.176, also 3706 Stück weniger geschlachtet. Rinder wurden im August vorigen Jahres 14.229, dieses Jahres 12.838, also 1391 weniger geschlachtet. Diese Zahlen reden eine eindringliche Sprache.

Ueber die Berliner Rechtsanwalte bringt Justizrat Dr. Strang im „Jur. Literaturblatt“ eine Plauderei. Gegenwärtig fungieren in Berlin am Kammergericht 81, am Landgericht I 612, am Landgericht II 125 Anwälte. Wohl die Hälfte aller Anwälte, welche an den drei Gerichten tätig sind, wird das fünfundsiebzigste Lebensjahr nicht überschritten haben. Schon ist jedoch ihre Zahl zu groß, als daß die Niederlassung hier, wie zur Monopolzeit vor 1879, eine Anwartschaft auf hohes Einkommen gewähren kann. Die Reineinkommen aus der Anwaltspraxis schätzt Dr. Strang bei 8 Prozent der Anwalte über 20.000 M., bei 8 Prozent zwischen 15.000 und 20.000 M., bei 12 Prozent zwischen 10.000 und 15.000 M., bei 50 Proz. zwischen 5.000 und 10.000 M., bei 12 Proz. zwischen 3.000 und 5.000 M., bei 10 Proz. unter 3.000 M. Das Einkommen der Rotare, deren es 180 in Berlin giebt, stellt sich durchschnittlich auf 11.000 M., gegen 6.500 M. in der gesamten Monarchie; die geringste Einnahme beträgt 55 M., die höchste 105.000 M. — so ungleich verteilt sind des Lebens Güter auch unter den Berliner Rotaren. Das Verhältnis zwischen Anwalt und Richter schildert Dr. Strang wie folgt. Am angenehmen ist die Temperatur im alten Hause an der Lindenstraße (Kammergericht), wo die abgeklärte Ruhe älterer Richter herrscht. Lebhafter ist bereits der Ton am Landgericht II. Und sind auch am Landgericht I scharfe Konflikte zwischen Gericht und Anwalt sehr selten, so werden doch nicht immer diejenigen Formen gewahrt, die zwischen ebenbürtigen Standesgenossen herrschen sollen. Weniger in den Personen, als in den Verhältnissen ist der Grund zu suchen. Bei dem großen Personal der Richter wie der Anwalte fehlt häufig die gegenseitige Bekanntschaft und die hieraus sich entwickelnde Gutvernehmenheit; es gehört nicht zur Sogge, daß sich manche Berliner Richter oder Anwälte eher an Schweizer Wirtshäusern, als an Berliner Gerichtsstätten persönlich kennen lernen. Dazu die Hast und Hege der vielen Termine und gewisse eigenartige Konstellationen, wie sie gerade an diesem Gerichte nicht selten sind. Ein junger, scheidiger Professor, eben erst aus dem Examen sei getrocknet, dem ein ergrauter Anwalt gegenübersteht; andererseits erfahrene Richter, vor denen blutjunge Anwälte ihre Weisheit anstrahlen. Wie sollen da Ungelegenheiten und Reibungen ausbleiben! Am schärfsten weht die Luft in Moabit. Seit der Vransewetter-Periode haben sich freilich die Zustände gebessert. Immerhin haben sich gerade hier mannigfache Ersparungen der an sich schon dornenvollen Aufgabe der Verteidigung zu tief empfundenen Mißständen herausgebildet.

Der Steuerheber als Anwalt der Rolleibenden — dies Bild tritt einem nicht alle Tage vor Augen. Selbstverständlich sind unter Rolleibenden im Sinne des Steuerbeamten nicht etwa die Opfer der gegenwärtigen Geschäftskrisis zu verstehen, die seit Wochen und Monaten arbeitslos auf der Straße umherlaufen und von denen nun auch noch verlangt wird, daß sie ihre Steuern richtig und rechtzeitig zahlen. Der Steuerheber kennt als Staatsbürger von lokaler Bestimmung nur eine Sorte Rolleibende, und zwar die Junker im Osten, und

die Rot tritt ihm beileibe nicht in den stidigen Proletariers-Höhlen entgegen, die er täglich zu Tugenden in allen Variationen des Jammers und des Schmutzes sieht. An den Kahlbüß gewöhnt man sich. Dem Mann des Fiskus geht eine andre, schreiende Rot zu Herzen und zwar die berühmte Leutenot der in allen Schattierungen nobel-leidenden Landwirtschaft. Unser Freund kommt zu einem in der Nähe des Moritzplatzes wohnenden Arbeiter. Dieser Mann ist seit fünf Wochen ohne Beschäftigung und erklärt dem städtischen Beamten, daß er nicht im stande sei, die fälligen Steuern zu zahlen. Ein Steuerheber von Durchschnittsgröße macht nun nach solcher höflich erteilten Antwort ebenso höflich die Thüre von außen zu und geht zum Nachbar, um dort vielleicht mit mehr Erfolg anzuklopfen. Nicht so der Herr im Säckosten. Er gab auf den ihm gewordenen Bescheid seine sozialpolitischen Erfahrungen wohlwollend zum besten und formulirte sie in folgender Sentenz: „Der arbeitslos ist und Arbeit haben will, braucht nur nach Medlenburg zu fahren, dort werden Erntearbeiter in Menge gebraucht. Es genügt, wenn man eine Zweifelhainkarte an die Herberge zur Heimat schickt!“

Besser hätte es der Inhaber eines Stellenvermittlungsbureaus auch nicht machen können. Aber da der Steuerheber Steuerheber ist und in dieser Eigenschaft wenigstens während der Dienststunden gut thut, seine Privatgeföhle im innersten Schrein seines Herzens zu verwahren, so sei er durch diese paar Zeilen höflichst an die Grenzen seiner Pflicht erinnert.

Wirkungen der Fleischsperr. Die Verminderung des Auftriebs und die Abnahme der Schlachtungen auf dem städtischen Central-Vieh- und Schlachthof hat naturgemäß auch auf die Beschäftigung der Engros-Schlächtergefelln eingewirkt, so daß ein großer Teil derselben entlassen werden mußte. Diese haben sich nun eine andre Stellung suchen müssen und arbeiten als Steinträger auf Bauten, bei Straßenadpallierungen, in den Eiswerken und dergl. Auch von den Treibern können viele auf dem Viehof keine Verwendung mehr finden, so daß auch diese sich auf eine andre Art ihr Brot erwerben müssen.

Durch einen Sturz aus dem Fenster ist eine Frau Abrahamsohn in der Straßburgerstr. 41 ums Leben gekommen. Sie war am Dienstag früh nach 6 Uhr, nur notdürftig bekleidet, aus ihrer im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung auf den Bürgersteig herabgesprungen und war, äußerlich und innerlich schwer verletzt, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht worden. Hier ist sie ihren Verletzungen erlegen. Nach den Schilderungen der Augenzeugen muß ein Selbstmord als zweifellos angenommen werden, doch ist nicht ganz klar, was die bereits in den Sechzigern stehende Frau in den Tod getrieben haben kann. Frau A. war schon seit einer Reihe von Jahren kränklich, aber noch am Abend vor ihrer verzweifelten That hatte sie mit ihren Angehörigen in einem benachbarten Baumereigenen gezeilt und keine Spur von Lebensüberdruß gezeigt.

Die Saugvorrichtung. In der Saugvorrichtung eines Straßenbahnwagens wurde gestern abend gegen 5 1/2 Uhr der Kleinpner Karl Voh aus der Wrangelsstr. 14 schwer verletzt. V. wollte zu der genannten Zeit den Fahrdamm in der Slatkerstraße vor dem Hause 39 überschreiten, als der Motorwagen 1901 der Straßenbahnlinie Zoologischer Garten-Treptow herangefahren kam. Der Fahrer des Motorwagens war nicht mehr in der Lage, das schwere Gefährt, welches mit der Slatker-Saugvorrichtung versehen war, zum Stehen zu bringen; V. fiel in das Fahrgang des Wagens und schlug hierbei verunmütlich mit dem Kopf gegen das Ruffgitter der Plattform. Er erlitt einen Schädelbruch, sowie verschiedene Kopfverletzungen und wurde in beschleunigtem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban überführt.

Der tollwutverdächtige Hund in dem Hause Victoriastraße 25 wird voransichtlich in der Tierarztschule, wohin er sofort zwecks genauer Beobachtung gebracht worden ist, in den nächsten Tagen verjagt werden, da an eine Heilung bei den schweren Verletzungen nicht zu denken ist. Ein Vorhandensein von wirklichen Tollwut-symptomen hat sich indessen nicht feststellen lassen.

Eine Neuerung im Berliner Droschkentwesen ist im Fachverein Berliner Droschkenbesitzer vorgeschlagen worden. Es handelt sich um Einrichtung telephonischer Vermittlungsstellen zur Befestigung von Droschken. Man will dadurch den Fahrgästen das zeitraubende Aufsuchen der Droschken auf den Halteplätzen ersparen und den in Bureaus, Banken usw. Arbeitenden, wie jedermann, dem ein Telephon erreichbar ist, die Möglichkeit bieten, ohne sich oder andere Umstände zu machen, telephonisch sich vom nächsten Halteplatz einen Wagen zu bestellen. Als Vermittlungsstellen könnten event. die den Halteplätzen zunächstliegenden Schauffolale dienen, während Verzeichnisse mit den Telephonnummern der Vermittlungsstellen gratis in der ganzen Umgebung verteilt werden könnten. Man hofft auf diese Weise die in den letzten Jahren infolge der Konkurrenz der Straßenbahn erheblich zurückgegangene Droschkenbenutzung von neuem steigern zu können.

Um sich und ihren Kindern das Leben zu nehmen, hat die 35 Jahre alte Kaufmannsrau Christine Brandau geb. Freudenberg aus der Goethestr. 4 zu Schöneberg gestern nachmittag, während ihr Mann sich im Geschäft befand, ihre Wohnung verlassen. Die Vermählte ist ziemlich groß und blond und trägt eine weiße, rot-geschleifte seidene Bluse, einen weißen Rock und einen weißen Hut. Ihre Brüder Elise und Hertha, die sie in den Tod mitnehmen will, sind 6 und 8 Jahre alt. Elise trägt ein weißes Kleid mit blauem Kragen, weiße Strümpfe, gelbe Schuhe und einen schwarzen Hut, Hertha weiße Kleidung ohne Hut und ebenfalls gelbe Schuhe. Die Absicht, mit den Kindern in den Tod gehen zu wollen, teilte die nervös sehr aufgeregte Frau ihrem Mann in einem Briefe mit, den sie für ihn in der Wohnung hinterließ. Ihr Mann, der eine Jaloussiefabrik besitzt, ist verzweifelt. Er nahm seit sechs Wochen an seiner Frau eine zunehmende Aufregung wahr, für die er keine Erklärung zu haben vermochte. Die beiden ältesten Kinder, Knaben von 10 und 12 Jahren, befanden sich in der Schule, als Frau Brandau mit den jüngeren die Wohnung verließ.

Einen schrecklichen Tod fand der 3 1/2 Jahre alte Arbeitersohn Willi Levid aus der Wasserthorstr. 74, dessen Leiche von der Staats-anwaltschaft beschlagnahmt wurde. Frau Levid wusch am Montag nachmittag in ihrer Küche kleine Wäsche. Als ihr 3 Monate alter Sohn, der in der Lebensstube im Weitz lag, aufwachte und schrie, stellte sie eine kleine Wochswanne mit kochendem Wasser auf den Fußboden, um rasch nach dem Stinde zu sehen. Raum war sie weg, da fiel ihr älterer Sohn von einem neben der Wanne am Fenster stehenden Stuhl auf den er gelleitert war, herab mit beiden Beinen in das kochende Wasser und zog sich so umfangreiche Verbrühungen zu, daß er nach furchtbaren Schmerzen gestern starb.

In Schaufelgraben erschossen hat sich der 51 Jahre alte, geistesranke, ehemalige Schlächter Wilhelm Binder aus der Köpenickerstr. 39. Der Mann hatte einst bessere Tage gesehen. Vor zwanzig Jahren machte er in der Münchenerstraße einen Schlächterladen auf. Das Geschäft ging anfangs leidlich, nach einigen Jahren aber so schlecht, daß er es aufgeben mußte. Nun arbeitete Binder, ein kräftiger und sehr fleißiger Mensch, in Eisenfabriken, da er seine ganzen Ersparnisse zugelegt hatte. Sein Mißgeschick aber konnte er nicht verhindern; er wurde nervös und war seit fünf Jahren geisteskrank und arbeitsunfähig. Vor drei Jahren mußte er in eine Irrenanstalt gebracht werden, aus der er nach vier Monaten als gebessert entlassen wurde. Weihnachten vorigen Jahres wurde Binder auf Wunsch seiner Frau in Pflege gegeben, nachdem er zwei Jahre in Dalldorf gewesen war. Nun setzte er sich in den Kopf, daß er seiner Familie — Frau und zwei Kindern im Alter von 8 und 12 Jahren — zur Last falle und sich deshalb das Leben nehmen müsse. Am Montag-

nachmittag um 3 Uhr ging er von Hause weg, erhob auf dem Postamt die monatliche Invalidenrente, sandte seiner Frau die Hälfte davon, kaufte sich für die andere Hälfte einen Revolver und irrte dann umher, bis er sich in Lichtenberg im Chausseegraben durch einen Schuß in den Kopf tötete.

Von ihren Kindern weg ins Wasser gegangen ist die 35 Jahre alte Ehefrau Marie des Pächters Andreas aus der Stephansstraße 19. Die Frau litt vier Jahre lang an einem Fußleiden, das aber seit zwei Jahren geheilt war. Die Furcht, daß es wiederkommen könnte, verleitete ihr das Leben. Vorgefesselt vormittag verließ sie ihre Kinder, eine Tochter von zehn und einen Sohn von 9 Jahren, mit denen sie auf der Straße spazieren ging, unter dem Vorwande, daß sie aus dem Väterladen etwas holen wolle und kam nicht wieder. Gestern fandete man sie in Heiligensee bei Zegel als Leiche aus der Havel.

Erwischte Ladendiebin. Einen neuen Kniff benutzte eine Ladendiebin, die seit einiger Zeit mit Vorliebe Goldwaren und Uhrenhandlungen heimzusucht. Wenn der Verkäufer eifrig dabei war, ihr allerhand Sachen zur Auswahl vorzulegen, zog sie unauffällig ihr Taschentuch, puzte ihre Nase und schob mit dem Tuch eine wertvolle Uhr oder was sie sonst gerade erwischen konnte, in ihre Kleiderstasche. Als sie gestern abend in einem Laden in der Kastanien-Allee ihr Glück versuchte, merkte der Geschäftsmann den Kniff, sah daß eine Uhr fehlte, und sagte der Diebin auf den Kopf zu, daß sie sie gestohlen habe. Die Kundin lief nun davon, bestritt, als man sie auf der Straße anhielt, den Diebstahl und machte großen Lärm, daß man sie zu Unrecht beschuldige und festhalte. Bald kam aber ein Schusterjunge dazu und überreichte dem Bestohlenen die Uhr, die die „Unschuldige“ weggenommen hatte. Auf der Revierwache nannte sich die Festgenommene Klemm, auf dem Polizeipräsidium aber stellte sie heraus, daß sie eine 20jährige, aus Böhmien stammende Verha Rott, die in der Chorinerstraße wohnte. Sie räumte außer diesem zunächst nur einen Diebstahl aus dem Juli d. J. ein, nachdem man aber eine Anzahl Pfandscheine bei ihr gefunden hatte, gestand sie, gewohnheitsmäßig gestohlen zu haben, und zwar in verschiedenen Stadtvierteln. Die Dente versetzte sie auf ihren eigenen Namen oder auf den ihrer Wirtin, Frau Käßler; vereinzelt brauchte sie auch den Namen ihrer Freundin Porfide. Die meisten Pfandscheine hat sie bereits verkauft. Da nur wenige Anzeigen eingelaufen sind, so ist anzunehmen, daß viele Ladendiebstahl gar nicht wissen, daß sie bestohlen worden sind. Wer jetzt nachträglich einen Verlust entdeckt, möge sich im Zimmer Nr. 97 des Polizeipräsidiums melden. Die junge Diebin ist eine kleine, schmächtige Person mit rötlich blondem Haar und trägt eine rote seidene Taille und einen weißen Strohhut.

Unterschlagung bei der Großen Berliner Straßenbahn. Der Stationsvorsteher Alke, welcher bei der Straßenbahn seit längerer Zeit angestellt war und nach Unterschlagung dienstlicher Gelder flüchtig wurde, ist gestern mittag in Spandau verhaftet worden.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe von Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. In der Nacht zum Donnerstag wurde sie nach der Schönhauser Allee 90 gerufen. Hier waren in einer Kellertreppe Möbel, Kleidungsstücke etc. in Brand geraten, der indes bald abgeloßt werden konnte. Kurz vorher hatte die Wehr in der Behrenstr. 26 in einer Küche einen Brand zu beseitigen, der den Fußboden und die Wände ergriffen hatte. Donnerstag früh gegen 4 Uhr hatte sich in der Eissackstr. 70 ein Posten Preßlofen in einem Keller von selbst entzündet. Nach der Dorotheenstraße, Ecke der Charlottenstraße, wurde die Wehr gerufen, weil hier durch Kurzschluß ein elektrischer Straßenbahnwagen der Strecke Charlottenburg-Kupfergraben in Brand geraten war. Gardinen, Wäsche und Möbel gingen eine Stunde später in der Eichendorffstraße 4 in Flammen auf, die jedoch noch im Keime erstickt werden konnten. In der Tresewitzstraße 88 hatte alter Hansrat etc. Feuer gefangen, während auf dem Ostbahnhofe Preßlofen in Brand geraten waren. Durch Ueberlocken von Teer war in der Scherersstraße 114 ein Feuer entstanden, dessen Abloschung aber bald erfolgte. Durch Unvorsichtigkeit war in der Chausseestr. 64 ein Brand ausgekommen, bei welchem sich eine Frau schwere Brandwunden an den Händen zuzug. Gardinen gingen in der Gräfenstr. 35 in Flammen auf. Außerdem lief noch eine Feuermeldung von der Gartenstr. 78 ein. Hier hatten sich in einem Cigarrenladen Feuerwerkskörper entzündet, ohne indes größeren Schaden anzurichten.

Zeugen in einer Unfallsache gesucht. Am 25. v. M. abends zwischen 8 und 8 1/4 Uhr, ist auf dem Reiterdeckplatz der Tischler Karl Hänse von einer unbekannt gebliebenen Droßke überfahren worden; da der Verunglückte infolge dieses Unfalls nach einigen Tagen verstorben ist, ohne nähere Angaben gemacht zu haben, werden etwaige Zeugen ersucht, an den Vormittags-Dienststunden bei der Kriminalpolizei, Alexanderplatz, Zimmer 331, II. Stockwerk, zu I. R. 6857 IV/11. 02 ihre Wahrnehmungen anzugeben oder schriftlich einzureichen.

Aus den Nachbarorten.

Waldmannslust. Sonnabendabend 8 1/4 Uhr findet bei A. Anhn in Waldmannslust die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Gäste haben Zutritt, neue Mitglieder werden aufgenommen. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Charlottenburg. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte am Mittwoch in ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien eine Tagesordnung von nicht weniger als 31 Punkten zu erledigen. Eine längere Diskussion knüpfte sich an die Mitteilung betreffend das vorläufige Ergebnis über die Versuchsanlage auf dem Rieselfelde Korollinshöhe-Gatow. Unser Genosse Vogel wies darauf hin, daß selbst nach dem Gutachten der Königl. Prüfungsanstalt das aus den Filtern abfließende Wasser nur bei Frost, also während weniger Monate des Jahres, dem vom Rieselfelde stammenden überlegen sei. Nach den Erklärungen des Stadtbaurats trifft für Charlottenburg nicht einmal das zu, unser Riefelwasser ist auch im Winter tabellos und dem der Alananlage überlegen. Weiter wies Vogel darauf hin, daß den Arbeitern Stiefel geliefert werden, um sie gegen Krankheiten zu schützen; bei Paris liefert man ihnen auch Kleidung. Das sollten wir auch thun. Es handelt sich bei den Krankheiten, denen sie ausgesetzt sind, nicht bloß um Typhus, sondern Wurmkrankheiten werden vielfach durch die Produkte der Rieselfelder verbreitet. Der Stadtbaurat gab die beruhigende Erklärung ab, daß die durch die Wässer gegangene Notiz von Typhuserkrankungen bei Arbeitern unserer Rieselfelder irrig sei, es sei in diesem Jahre nicht ein einziger Typhusfall vorgekommen.

Wichtig war ferner noch der von Dr. Penzig gestellte Antrag, der Magistrat möge eine Vorlage behufs Anlegung eines städtischen Gemeinde-Friedhofes machen. Gegenwärtig wird der Friedhof der Luisengemeinde als städtischer Friedhof benutzt; aber natürlich besitzt hier die Kirchengemeinde das für eine Großstadt ganz ungeeignete Monopol. Der Geistliche, der die Verstorbenen nicht kennen kann, kommt über allgemeine Beerdigungen nicht hinaus, und ein Freund dürfte einige warme, aus vollem Herzen kommende Worte zu den Hinterbliebenen nicht sprechen. Ferner lasse sich die Kirchengemeinde, was man ihr nicht verdenken könne, sehr gut bezahlen, und lege so den ärmeren Mitbürgern eine große Last auf, die für die ihr nicht Angehörigen noch verhängt wird.

Die Parteien gaben sämtlich ihrer Zustimmung zu dem Gedanken des Antrags Ausdruck; aber annehmen wollte ihn die rechte Seite der Versammlung nicht. Die Herren forderten nur sehr überflüssiger Weise den Magistrat auf, der Versammlung von dem Resultat der Erörterungen über diesen Punkt, die er bereits anstellt, seiner Zeit Mitteilung zu machen — als ob das nicht ohnehin geschehen wird.

Noch einen weiteren sehr überflüssigen Beschluß leisteten sich die Herren von der Majorität (Fraktionen Ströbler und Gutz). Der Magistrat forderte die Nachbewilligung von 500 M., weil er in eine etatsmäßige Stelle eines Vorkurslehrers einen Herrn gewählt hat

und für diesen die Bestätigung der Regierung bezw. des Provinzial-Schulcollegiums erlangt hat, der nach seinem Dienstalter auf Grund des Normalersatzes 500 M. mehr zu beanspruchen hat, als in den diesjährigen Etat eingelegt war. Die Herren spielten nun die gekränkte Leberwurst, angeblich weil die Deputation vor der Wahl nicht gehört worden war. Der Stadtkollegiat, dem die Sache oblag, war nicht zur Stelle. Doch erklärte der Bürgermeister, falls ein Versehen vorläge, so bedauere er dies.

Anstatt sich mit dieser Erklärung zufrieden zu geben oder bestenfalls die Sache abzugeben und in der nächsten Sitzung den Stadtkollegiat um Aufklärung zu bitten, wollte die Mehrheit schneidig sein und lehnte die geforderten 500 M. ab, so ziemlich das Dämmsie, was sie thun konnte. Da die Stelle von derselben Versammlung im Etat bewilligt ist, hat der rechtmäßig gewählte Lehrer auf das ihm seinem Alter zustehende Gehalt ein klagbares Recht. In diesem Falle werden die 500 M. zwangsweise in den Etat eingestellt, was der Magistrat nach Lage der Dinge überhaupt bei der Regierung beantragen kann.

Ja, die bürgerliche Mehrheit ist schlau. Wo keine Rechte zu wahren sind, dramatisieren sie laut. Natürlich sind sie hierbei nur von sachlichen Gründen geleitet; daß der vom Magistrat Gewählte ihr politischer Gegner ist, der freimüthige Lehrer Otto, ist lediglich ein peinlicher Nebenumstand.

Treptow-Baumshulenkweg. Unsere Gemeindevertreter-Wahlen haben wegen der dabei von den Behörden beliebten Praktiken f. St. ziemlich Aufsehen erregt. Wenn auch durch die Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung die Beschwerdeführung gegen öffentliche Ungerechtigkeiten sehr erschwert und die Eintragung der Sache auf die bekannte lange Bank geschoben wird, so glaubten unsere Genossen doch ein Exempel statuieren zu müssen. Wegen die im Oktober v. J. vollzogenen Ersatzwahlen, die mit einem Siege der bürgerlichen Kandidaten endeten, wurde daher von zwei Parteigenossen in aller Form Protest eingelegt. Die Gemeindevertretung wies denselben natürlich zurück, da nach ihrer Ueberzeugung alles in schönster Ordnung vor sich gegangen war. Vor dem Kreisaußschuß kam die Sache aber etwas anders. Nach dem den Beschwerdeführern vor einigen Tagen zugestellten schriftlichen Urteil hat der Kreisaußschuß die Ersatzwahlen für ungültig erklärt und unsere Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, sich bei der Entscheidung des Kreisaußschusses zu beruhigen und baldigst eine Neuwahl anzuschreiben.

Herr Nidel hat demnach während seiner ganzen Amtsdauer als Ersatzvertreter und Herr Wetmann fast ein ganzes Jahr zu Unrecht in der Gemeindevertretung gesessen. Da Herr Nidel inzwischen wieder neugewählt wurde, trifft die Ungültigkeitserklärung nur Herrn Wetmann und nur für diesen ist also eine Neuwahl vorzunehmen.

Recht interessant ist, daß im vorliegenden Fall, wie aus dem Urteil ersichtlich ist, der Kreisaußschuß sich auf die — nach unserem Dafürhalten allerdings auch absolut korrekte — Rechtsprechung des Obergerichtes beruft, nach welchem die festgestellte Wählerliste die unabänderliche Grundlage für die Wahlen bildet. Selbst wenn einer in der Wählerliste verzeichneten Person materiell ein Stimmrecht nicht mehr zusteht und diese Thatsache dem Gemeindevorstande bzw. Wahlvorsteher genau bekannt ist, muß der Betroffene zur Stimmabgabe zugelassen werden.

Mit dieser Darlegung wurde ein von unsrer Seite gegen die Gültigkeit der Wahl erhobener Einwand, der sich auf die Thatsache stützte, daß ein längst nicht mehr in der Gemeinde wohnhafter Gewerbetreibender an der Wahl teilgenommen hatte, als unüberheblich zurückgewiesen. Indirekt ist damit freilich auch die von unserm Gemeindevorsteher als Wahlvorsteher ständige geliebte Praxis, die Wählerliste nicht als unabänderliche Grundlage für die Wahlen anzusehen, indem Personen, die in aller Form Redens in die Wählerliste eingetragen, später aber mit ihren Steuern im Rückstand geblieben waren, die Teilnahme an der Wahl verweigert wurde, als ganz unzulässig festgestellt. Bei zukünftigen Wahlen wird auf diesen Umstand besonders scharf geachtet werden müssen.

Zwischen unsrer Genossen für den bevorstehenden Wahlkampf aber alle Vorbereitungen treffen und ihr Pulver trocken halten.

Zehlendorf. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Hundesteuer zu erhöhen. Der Vertreter für Schladitten, Herr Jüthgen, bestritt die Erhöhung; nach seiner Meinung würden durch eine solche Maßnahme steuerkräftige Leute vom Zugang abgedrängt werden, auch wäre es bedenklich, wenn etwa auf andern Gebieten der Grundtaxe angewendet werde, daß wer viel Geld habe, auch viel zahlen solle. — Der von der höheren Lehrerschule, deren Projekt genehmigt wurde, soll ungefähr 200 000 M. kosten. Das noch nicht genehmigte Gymnasium wird einschließlich der Direktorwohnung 655 000 Mark kosten. Der Kriegerverein erhielt für sein 25-jähriges Stiftungsfest 200 M. bewilligt für gemeinnützige Zwecke wäre die Summe besser angewandt.

Zur Frage der Fleischversteuerung äußert sich jetzt in einer öffentlichen Erklärung auch die Potsdamer Fleischindustrie. Es wird darauf hingewiesen, daß das Steigen der Fleischpreise seinen Höhepunkt noch nicht erreicht habe, da sich seit Abwertung aller Grenzen ein großer Mangel an Vieh, speziell an Schweinen bemerkbar mache, ein Beweis, daß unsere Landwirtschaft nicht im Stande ist, das nötige Vieh zu züchten. Für Potsdam ist die Kalamität um so größer, als die benachbarte Residenz eine von den wenigen Städten ist, in denen man trotz ihrer großen Unpopularität die Schlachtsteuer noch nicht über Bord geworfen hat. Die Janung erinnert daran, daß in Nürnberg, wo die Schlachtsteuer gleichfalls noch besteht, der erste Bürgermeister eine gemeinsame Beratung mit der Stadtverwaltung Nürnbergs wegen Aufhebung der Steuer in Aussicht gestellt hat, und spricht den Wunsch aus, daß man in Potsdam diesem Beispiel folgen werde. Es ist in Potsdam schon so viel und so oft, im Stadtparlament, in Volksversammlungen, in der Presse, gegen die Steuer erfolglos Sturm gelaufen worden, daß man sich vorerst auch von diesem Appell der Fleischindustrie nicht übermäßig viel versprechen darf.

Gerichts-Beitrag.

Wie geringfügige Anlässe zu einer Anklage gegen Arbeiter führen können, zeigte eine Verhandlung, die am 4. September vor dem Landgericht II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Schrott gegen den Möbelpolierer Schoffan stattfand. Dieser hatte bei dem Tischlermeister Reglow in Neu-Weihensee in Accord zusammen mit dem Möbelpolierern Gotsch und Gese auf Teilung gearbeitet. Als im April einmal keine Arbeit vorhanden war, setzten alle drei einen Nachmittag aus. Der Meister Reglow, dem das nicht recht war, rief dem Gotsch nach, er möchte doch zurückbleiben und bemerke, daß Gotsch einen Augenblick anhielt, als wollte er umkehren, dann aber doch mit den anderen wegging. Gotsch, am anderen Tage von dem Meister zur Rede gestellt, gab an, Schoffan hätte ihm gesagt: „Wenn Du umkehrst, weicht Du, was Du polierst.“ Auf Reglows Veranlassung denunzierte Gotsch den Schoffan deswegen und dieser wurde wegen Falschung angeklagt. In der Verhandlung gab Gotsch als Worte Schoffans an: „Ach was, Du gehst mit, und damit gut.“ er wollte darin aber eine Drohung gesehen haben. Seine Angaben machten einen so verworrenen Eindruck, daß der Staatsanwalt selbst auf die Bedenken hinwies, die einer Beurteilung entgegenstünden. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine betonte, daß man es offenbar mit einem übermäßig ängstlichen Menschen zu thun hätte, der sich vielleicht die angeleglichen Worte Schoffans, von denen der andre Zeuge Gese nicht das geringste gehört hatte, aus Angst vor dem Meister eingeredet haben könnte. Das Gericht sprach Schoffan frei.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung stand gestern der Steinträger Breier vor dem hiesigen Schöffengericht. Auf dem Bau auf einem hiesigen Brauereigrundstücke hatten die Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil sie einen höheren

Stundenlohn als 40 Pfennige beanspruchten. Zwei Arbeiter hatten sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen und als diese am nächsten Tage auf die Arbeitsstätte gehen wollten, trafen sie auf den Angeklagten, der mit dem Zeigefinger eine drohende Bewegung gemacht und den beiden zugerufen haben soll: „Ihr werdet heute das letzte Mal hinaufgehen!“ Der Staatsanwalt erblickte hierin eine Drohung zu dem Zwecke, die Arbeitswilligen zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen und beantragte einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof hielt an dem Urtheil und ließ § 153 der Gewerbe-Ordnung für gegeben, den Fall aber so milde liegend, daß er auf eine Woche Gefängnis erkannte.

Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Manrec hielt am 27. d. M. seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorstand teilte die Verhandlungen mit, welche zwischen ihm und den Vorständen der Rabitzpuger und Pfiesenleger stattgefunden haben betreffs einheitlicher Beitragsleistung derjenigen unserer Kollegen, welche in jenem Berufe thätig sind. Man einigte sich dahin, daß diejenigen lokalorganisierten Kollegen, welche durch den Arbeitsnachweis der Rabitzpuger Arbeit erhalten, 25 Pf. zum Streikfonds derselben zu zahlen haben. Mit dem Vorstand der Pfiesenleger konnte eine Einigung nicht herbeigeführt werden und wurde beschlossen, daß die Kollegen, welche bei uns organisiert sind, und Pfiesenlegerarbeit verrichten, ihre Adresse bei den Zahlstellen-Obmännern anzugeben haben, um so eine Verständigung herbeizuführen.

Die Steinarbeiter hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung im Englischen Garten ab. U. a. berichtete Walter: Die Steinarbeiter hätten sich vor längerer Zeit an die Aufsichtsbehörde der Kronenklasse mit dem Ersuchen gewandt, ihren Uebertritt in die gemeinsame Ortsklasse der Erbhauer zuzulassen, weil ihnen diese Klasse bei gleicher Beitragsleistung größere Vorteile gewähre wie die Allgemeine Orts-Kronenklasse, der sie jetzt angehören. Von der Gewerbe-Deputation sind darauf Erhebungen angefertigt worden, ob der Uebertritt von allen oder nur von einzelnen Steinarbeitern gewünscht wird. Im übrigen aber befürwortete die Gewerbe-Deputation das Gesuch, so daß der Uebertritt schon am 4. August erfolgen sollte. Hiergegen hat jedoch der Vorstand der Orts-Kronenklasse Rekurs beim Minister eingelegt, dessen Entscheid in dieser Sache zwar noch aussieht, wohl aber zu Gunsten der Steinarbeiter ausfallen dürfte. Im „Verschiedenen“ teilte auch man mit, daß der Uebertritt von Arbeitskräften nach Möglichkeit hiesige verheiratete Gefellen zu berücksichtigen, weil diese unter der schon seit längerer Zeit andauernden Arbeitslosigkeit besonders schwer zu leiden haben. Eine Erfüllung dieses Wunsches ist von dem stellvertretenden Obermeister der Innung in Aussicht gestellt. Zum Schluß forderte Walter die Anwesenden noch zu weitgehender moralischer Unterstützung der Bauklemper und Bleigläser auf.

Der Verband deutscher Gastwirthschafts (Ordnungsverwaltung Berlin) hielt am 29. August seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Den Geschäftsbericht des Vorstandes vom zweiten Quartal 1902 erstattet Thomas und betont, daß trotz der schlechten Konjunktur sowie der ungünstigen Witterungsverhältnisse der Arbeitsnachweis sich floriert hat im Vergleich zum zweiten Quartal 1901, indem noch 26 feste sowie 127 Anstellstellen mehr vergeben wurden. Die Kollegen des Berliner Gewerkschaftshauses haben auf ihre Forderung hin erzielt, daß sie jetzt ein Gehalt von 40 M. pro Monat statt der bisherigen 25 M. beziehen. Gleichzeitig wird noch mitgeteilt, daß in Charlottenburg sowie Niddorf Zahlstellen unseres Verbandes gegründet worden sind.

Berichtigung. Zu dem Bericht über die Generalversammlung der Bureau-Angestellten muß es nicht heißen 959,50 M., sondern 859,40 M. Kasseneingang.

Niddorf. Am Dienstag veranstalteten die Parteigenossen Niddorf eine bis auf den letzten Platz besuchte Volksversammlung bei Thiel, Bergstr. 151, als Gedenkfeier für unsre Toten. Ein Sängerkorps leitete die Feier ein mit dem Liede „Frühlingsstürme“. Hierauf hielt Reichstags-Abgeordneter Emil Rosenow seinen Vortrag. Des zuletzt verstorbenen Genossen Theodor Wegner gedachte die Versammlung durch Erheben von den Sigen. Hierauf schloß die Versammlung mit dem Vortrage des „Arbeiter-Vaterlandsliedes“.

Die Konsumgenossenschaft für Adlerhof und Umgegend hat in ihrer letzten Generalversammlung beschlossen, den Geschäftsführer Hilbrandt, der diese Thätigkeit bisher im Nebenamt ausübte, zu beenden, da die Arbeiten sich nicht mehr nebenbei erledigen lassen. Im Oktober soll eine Verkaufsstelle in Al-Glienicke eröffnet werden.

Steglitz. In der letzten Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins gedachte der Vorsitzende des auch in der hiesigen Arbeiterschaft allgemein geschätzten und beliebten Genossen Wegner-Berlin. Nach dem Vortrage des Ingenieurs Grempe über die Fortschritte in der Beleuchtungstechnik wurde über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins Bericht erstattet. Betreffs der bevorstehenden Ersatzwahl zur Gemeindevertretung wurde der Vorstand beauftragt, sich mit der Kandidatenfrage zu beschäftigen und zu geeigneter Zeit Vorschläge zu machen. Der Vorsitzende macht auf das Mißverhältnis zwischen den bei der Gemeindevwahl abgegebenen Stimmen und der Mitgliederzahl des Vereins aufmerksam und fordert zu reger Agitation auf, desgleichen wird von verschiedenen Genossen zum Anschluß an den bestehenden Konsumverein aufgefordert.

Schriften-Eingang.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei in Dresden. Abgehalten in Ruffig 1902. Wien, Volksbuchhandlung, Ignaz Brand, Gumpendorferstr. 18. 1 Krone.
Arthur Dix: Die Jugendlichen in der Social- und Kriminalpolitik. Jena, Gustav Fischer, 2 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.
W. N. 3. Wenn Sie für die Partei thätig sein wollen, dann schicken Sie sich dem Wahlverein Niddorf an. Der Vorsitzende ist Genosse Ernst Baader, Große Brunnengasse 34.
M. Oberländerweide. Die Angelegenheit kann nur im Angeigentent bekannt gegeben werden.
Kittenberg. In Girsinsdansen wird Busch für leistungsfähiger gehalten als Barnum. Ob Herr Busch schon mit 100 Pferden aufgetreten ist, wissen wir nicht.
W. N. 1617. Es fahren jetzt keine Pferdebahnen mehr.
Göberedorf. Eine solche Versammlung hat im Gewerkschaftshaus stattgefunden, kurz nachdem Viehrecht gefordert war. Es hand Viehrechts Leben und Wicken auf der Tagesordnung.

Witterungsübersicht vom 4. September 1902, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer Hand mm | Wind- richtung | Windstärke | Wetter | Temp. u. G. ° C | Stationen | Barometer Hand mm | Wind- richtung | Windstärke | Wetter | Temp. u. G. ° C |
|-----------|----------------------|-------------------|------------|--------|--------------------|-----------|----------------------|-------------------|------------|--------|--------------------|
| Stoltenbe | 762 | SSO | 2 heiter | 18 | Charlottenb | 766 | S | 2 heiter | 11 | | |
| Hamburg | 762 | SSO | 2 heiter | 17 | Petersburg | 765 | S | 1 wolfig | 9 | | |
| Berlin | 762 | SSO | 2 heiter | 18 | Gott | 755 | SSO | 3 heil. bed | 16 | | |
| Konstanz | 763 | S | 2 heiter | 20 | Aberdeen | — | — | — | — | | |
| Randern | 767 | SO | 1 wolfig | 19 | Paris | 764 | SSO | 2 heil. bed | 15 | | |
| Wien | 766 | NO | 1 wolfig | 17 | — | — | — | — | — | | |

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. September 1902. Rechts etwas kühler, am Tage sehr warm, vorwiegend heiter bei mäßigen südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.